

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenzeilspalten Bestelle oder deren Raum 150 Pfg., Veramaltungen: Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Restamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 55.

Montag, den 7. März 1921.

28. Jahrgang.

Der Reichstag über London.

Die zertrümmerte Einheitsfront.

Hermann Müller hat am Sonnabend im Reichstag eine gute Rede gehalten. Das ist das Urteil der Sozialdemokratie. Der gute Eindruck wird noch verstärkt durch den Jörn, den sich unser Fraktionsredner auf der äußersten Rechten zugezogen hat. Aber auch außerhalb der deutschnationalen Fraktion hat die Rede Müllers in den bürgerlichen Parteien nicht gerade Beifall gefunden. Das kann weder dem deutschen Volke, noch seiner größten politischen Partei, der Sozialdemokratie, schaden. Man muß lernen, daß unsere Partei die äußere Politik eben nach ganz andern Grundsätzen betreibt als Hergt und Stresemann. Wenn nun die Träume von einer Einheitsfront, wie deutsch-nationale und Deutsche Volkspartei sie auffassen, für einige Zeit zerronnen sein werden, kann das dem deutschen Ansehen in der Welt nur dienen. Nichts Schlimmeres wäre für die Beurteilung der deutschen Auslandspolitik auszubedenken, als daß in London, Paris und Washington der Eindruck erweckt würde, die Sozialdemokratie habe auf ihre eigenen außenpolitischen Grundsätze zugunsten der deutschen Gewaltpolitik verzichtet.

76. Sitzung.

Berlin, den 5. März, nachm. 5 Uhr.

Am Regierungstisch: Reichstanzler Fehrenbach, Koch, Heine ufm. Haus und Tribünen sind stark besetzt. Präsident Löbe gab über den Vorfall in der Freitagssitzung eine Erklärung ab, in der er betonte, daß der Vorkandidat seine Maßnahme gebilligt habe und somit die noch ausstehenden Maßnahmen zur Geschäftsordnung heute vor Erledigung der Tagesordnung angenommen würden. Hoffmann (Rom.) erklärt, seine Partei habe dem Präsidenten keinen Auftrag gegeben, die kommunistische Partei in seine außerpolitischen Erörterungen einzubeziehen. Crispian (USP.) schloß sich diesem Protest an. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Levi (Komm.) beantragt, als weiteren Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Stellungnahme der Parteien zu der Erklärung der Reichsregierung. (Lachen und Zuruf: Das ist doch selbstverständlich.)

Präsident Löbe: Es ist selbstverständlich, daß sich heute eine Aussprache der Parteien anschließt wird. Der Antrag Levi wird abgelehnt.

Die Regierungserklärung.

Reichstanzler Fehrenbach: Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, über den Stand der Verhandlungen in London unterrichtet zu werden. Das ist durchaus begründlich in den Tagen, da unsere Augen mit der größten Aufmerksamkeit auf London gerichtet sind, dem Ort der Entscheidung über die deutsche Lebensfrage. Natürlich ist der Deutsche Reichstag als Repräsentant des deutschen Volkswillens mehr als je von dem Verantwortungsgewußt durchdrungen, das den politischen Faktoren auferlegt ist. Es hat aber auch das Kabinett die Frage sorgfältig geprüft, ob und inwieweit im gegenwärtigen Moment Erklärungen in diesem hohen Hause die Aufgabe fördern oder schädigen können, die unseren Unterhändlern in London obliegen. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Überzeugung geführt, daß wir uns während der schwebenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben. (Hört, hört und Anruhe bei den Unabhängigen.) Ich halte mich daher für verpflichtet, über folgende Erklärung nicht hinauszuweisen: Das Kabinett muß entschieden Gewicht darauf legen, daß unsere Vertreter bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch ein in seinen Folgen unüberschaubares Eingreifen von hier nicht gestört werden. Im Einklang mit dem vom Reichstag gebilligten Richtlinien hat der Minister des Auswärtigen vom Kabinett den Eindruck mitgenommen, daß er keine Unterschrift unter keinerlei Verpflichtungen setzen dürfe, die das deutsche Volk nicht tragen könne. An diesem Auftrag ist nichts geändert und wird nichts geändert werden. (Beifall bei der Mehrheit.) Das Kabinett ist überzeugt, daß der Minister des Auswärtigen alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gegebenen Grenzen ausnützen wird. (W. Hoffmann (K.): Welches sind die Grenzen?), aber sie mögen der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß das deutsche Volk die Unterschrift seines Beauftragten einlösen wird, wenn sie eine Zusage deutet, die nach sorgfältiger Prüfung die Grenzen äußerster möglicher Leistungen innehält, daß das deutsche Volk aber ebenso fest hinter seinem Beauftragten stehen wird, wenn er sich weigert, einen Namen unter ein Schriftstück zu setzen, das unmöglich ist. (Beifall bei der Mehrheit.)

Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Hg. Müller (Soz.): Die Rede des Herrn Reichstanzlers hat keine Überraschungen gebracht. In ihr ist für mich der entscheidende Satz der Reichsaussenminister alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gegebenen Grenzen auszunützen. Ich kann die Erklärung des Reichstanzlers nur so auslegen, daß er auf Grund der Verhandlungen in London zurzeit nicht in der Lage ist, uns mehr zu sagen. (Anruhe bei den Kommunisten und Unabhängigen.) Wir erkennen die schwierige Situation in keiner Weise, unter der der Reichsaussenminister in London zu verhandeln gezwungen ist, und ich verstehe, daß die Reichsregierung gewisse Bedenken gehabt hat, diese Verhandlungen hier stattfinden zu lassen. Aber wir glauben, auf der anderen Seite soll man sich doch darüber klar sein, daß in dieser für das Reich und das Volk so schicksalsschweren Situation man auch ver-

langt, daß der deutsche Reichstag Gelegenheit bekommt, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, besonders anlässlich der Rede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George. Unsere Stellung zur Erklärung des Reichstanzlers, soweit der sachliche Inhalt der Unterhandlungen in Betracht kommt, drückt sich in der Erklärung aus, die ich im Namen meiner Fraktion am 2. Februar hier abgegeben habe: Wir halten die Pariser Abmachungen für unausführbar für Deutschland. Im Falle der Rationierung würden nach unserer Auffassung Regierung und Parlament sich einer Unwahrscheinlichkeit aussetzen. Die Unterschrift würde aber auch gar nichts nützen, weil die wirtschaftlichen Folgen des Krieges unter der alle Länder leiden, sich zur europäischen Katastrophe ausbilden würden. Aber bei dieser negativen Feststellung kann es nicht bleiben. Denn auf der anderen Seite sind die Trimmerfelder, denen gegenüber wir positive Vorschläge zu machen haben. Wir sind die im Kriege Unterlegenen. Dieses Unterlegen im Kriege hat nun gewisse Konsequenzen für uns und wir, die größte politische Partei der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, haben immer betont, daß wir alles tun wollen, damit diese Kräfte wieder hergestellt werden, an denen sich der Sieg immer wieder entzünden wird, solange sie bestehen bleiben. (Sehr richtig!) Es gibt sehr viele Mitglieder von Entente-Kommissionen aller Art in Deutschland. Es wäre gewiß einmal angebracht, einige dieser Mitglieder nach den Wiederaufbaugebieten in Ostpreußen zu weisen, um zu zeigen, wie Deutschlands Laktkraft während des Krieges in verhältnismäßig kurzer Zeit dort geleistet hat, und die Erklärung, daß wir bereit sind, in ähnlicher Weise in Nordfrankreich wirken zu wollen unter besonderer Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung und in gemeinsamer Arbeit deutscher und französischer Arbeiter, Angestellten und Architekten, so würden wir bald auch eine Veröhnung anbahnen, die fruchtbringend für die Wiederbelebung Europas sein könnte. (Sehr richtig!) Ich weiß, daß es in Frankreich Leute gibt, die das nicht wollen. Kriegsgewinnler, die die gleichen Gewinnchancen, die sie während des Krieges hatten, über den Krieg hinaus fortsetzen möchten. Es kommt in erster Linie auf die Arbeitermassen an, und ich kann nur wieder betonen, daß die organisierte deutsche Arbeiterschaft sich immer und immer wieder bemühen wird, mit der französischen Arbeiterschaft zu einem Pakt zu gelangen, um eine gemeinsame Grundlage aufzubauen zu bringen, auf der sie sich nützlich gegenseitig ergänzen. Bis zum 17. Februar haben in Genf unter dem Vorsitz des Präsidenten des Arbeitsamtes des Völkerverbundes Verhandlungen zwischen den Vertretern der deutschen und französischen Bauarbeiterorganisation stattgefunden über die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und es wurde eine Entschlieung angenommen, die besagt, daß die Organisationen der Bauarbeiter in Deutschland den Wunsch haben, an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten. Es ist Aufgabe der europäischen Regierungen, auf diese Entschlieung Rücksicht zu nehmen. Man möchte auch fordern, daß die deutsche Regierung diese Bestrebungen fördert, bei denen die Arbeiterschaft Deutschlands der ganzen Welt gegenüber als mächtiger Garant des Aufstiegs wirken würde. Ich glaube heute noch, daß Lloyd George unter dem ersten Eindruck der deutschen Vorklärung steht, sonst wäre es unerklärlich, daß das, was Deutschland geboten hat, so niedrig bewertet wird. Deutschland hat eine Anleihe von 8 Milliarden Goldmark angeboten, für die es den Gläubigern die nötige Sicherheit bieten will. Sachverständige halten die Ausbringung dieser Summe auf dem internationalen Geldmarkt für unmöglich. Mit Anwendung von Sanktionen kann man politische und wirtschaftliche Zusammenhänge zerreissen, man kann Bevölkerungsteile schikanieren, man kann neue Unruhen in die Welt bringen, aber man kann auf diese Weise nicht zerstörte Gebiete aufbauen. Wir erwarten von der Regierung, daß man in London jeden möglichen Verhandlungsweg betritt. (Zustimmung links.) Der Waffstich für die Ersatzleistungen kann nur die Reichsfähigkeit sein, die uns noch geblieben ist. (Allgemeine Zustimmung.) Innerhalb dieser Reichsfähigkeit müssen wir bis an die äußerste Grenze gehen. (Sehr wahr!) Sich dagegen zu sträuben, würde nichts nützen. Wir wollen das nicht fremdem Zwang folgend, sondern aus innerem Miana, weil nur so ein Fond von Vertrauen hergestellt werden kann, der notwendig ist, um in der Zukunft bewaffnete Konflikte unter den Völkern zu vermeiden. Eine solche von uns selbst gemachte internationale Aufgabe sollte man nicht erschweren, indem man statt wirtschaftliche Verhandlungen zu pflegen, als ultima ratio mit dem Säbel rassist. Das dient nur den Nationalisten hier im Lande. Wir haben heute wieder einen Zustand, wie wir ihn vor dem Kriege und wie wir ihn während des Krieges hatten, daß sich die Militaristen und Nationalisten aller Länder gegenseitig in die Hände arbeiten. (Anruhe rechts, Zustimmung bei den Soz.) Es gibt nicht nur bei uns Männer, die den Geist von 1914 noch pflegen. Als unsere Aufgabe, betrachten wir es, diesen Leuten im eigenen Lande das Handwerk zu legen. Es ist äußerst unheimlich, daß wir jetzt wieder von Lloyd George erinnert werden müssen, daß die Entwaffnungsklauseln nicht ausgeführt sind, daß die Selbstschutzhorganisationen weiter bestehen, die wir schon deshalb bekämpft haben, weil wir sie als Stoßtrupp gegen die deutsche Republik ansehen. (Anruhe rechts.) Wir verlangen, daß diese bewaffneten Banden schleunigst entwaffnet werden. Wir verlangen, daß die Regierung handelt, sonst werden schwere Gefahren von neuem über unser deutsches Volk heraufziehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man schreibt und redet heute in diesem Lande wieder viel davon, daß eine Einheitsfront gebildet werden muß. Solange in der Frage der Entwaffnung solche Differenzen vorhanden sind, wie wollen Sie da eine solche Einheitsfront errichten? (Graf Westarp: Sehr richtig!) Ich frage mich, daß Sie, Herr Graf Westarp, das so offenkundig zum Ausdruck bringen. Es passieren täglich Dinge in Deutschland, die in der Situation, in der wir uns befinden, unverständlich sind. In dieser Woche ist von den Stinnes-Verken in Mlenburg ein neuer Dampfer mit dem Namen „Lizpik“ heranzobracht, der

in die Welt hinausgehen soll, um das neue Deutschland zu repräsentieren. (Große Anruhe rechts.) Ausgerechnet den Namen eines Mannes hat man gewählt, der als einer der typischsten Vertreter des alten Deutschland gilt. (Erregte Zwischenrufe rechts. Zuruf: Er ist gut deutsch!) Nein, er wird von den weitesten Kreisen des deutschen Volkes als der schlimmste Reichsverderber angesehen. (Erneuter Lärm und Zurufe rechts.) Wird es nicht von den Auslandsdeutschen als ein arminiger Hohn angesehen, wenn ein Dampfer mit dem Namen „Lizpik“ als Repräsentant der deutschen Republik hinausgeht? Die Arbeiterklasse in Deutschland empfindet das als die freche Provokation. (Zustimmung bei den Soz. Erneuter großer Lärm rechts.) Verlangen Sie (nach rechts) von uns nicht, daß wir bei diesem Ihren Handeln mit Ihnen eine Einheitsfront bilden. Wir haben den Beweis geliefert, wozu wir bereit sind, aber wir wollen das auf andere Art und Lehnen Lizpik ab.

Präsident Löbe: Herr Abgeordneter Graf, Sie haben zu vielen Malen dem Redner zugeredet, er spreche im Namen des französischen oder des englischen Volkes. Diese Zurufe rüge ich als unzulässig. (Beifall bei der Mehrheit.)

Hg. Müller (Soz.) fortfahrend: Ueber diese Beleidigungen bin ich erhaben. Die Rede Lloyd Georges hat bewiesen, daß es ihm völlig an Verständnis für Deutschland und für deutsche Verhältnisse fehlt. Wie verbesserungsbedürftig unser Steuerwesen ist, wissen wir ohne Lloyd Georges selber sehr genau. In der Steuerfrage leiden wir noch an den Folgen der Bismarckschen Steuerpolitik. Wir mußten unser Steuerrecht ändern und eine völlig neue Organisation schaffen. Damit ist die Grundlage für eine hellere Besteuerung geschaffen. Von ganz besonders geringem Verständnis zeugt die Gegenüberstellung der englischen und deutschen indirekten Steuern. Weiß Lloyd George, was die Erhöhung der Preise für Tee, Tabak, Zucker usw. für Millionen armer Teufel bedeutet? Die Regierung in Deutschland gibt den Proletariern Austeritäten, aber wieviele Millionen Proletarier können den Zucker nicht kaufen. Solche Belohnung führt dazu, daß das Volk Sklavengeld leistet; aber mit Sklavengeld wird Europa nicht aufgebaut. (Beifall bei der Zustimmung.) Lloyd George hat auch von den blühenden deutschen Städten, von der blühenden deutschen Industrie und von den blühenden deutschen Feldern gesprochen. Er sollte einmal eine Umfrage an die Birkenmeister der deutschen Städte richten, denn würde er erfahren, wie es mit der Blüte bestellt ist, ganz abgesehen von der Kindersterblichkeit und der Wohnungsnot. Wie es um die Blüte der Städte steht, mag er aus der Lektüre erkennen, daß viele Städte dazu übergegangen sind, das Existenzminimum zu verteuern, das der Reichstag den Proletariern freigegeben hat. (Beifall bei der Zustimmung.) Diese Vermissen der Armen sollen wir trotzdem noch mit indirekten Steuern belasten. Bei der demnächstigen Behandlung der Steuerfrage werden wir den Beweis erbringen, daß wir auch darin bis an die Grenze des Möglichen gehen werden und uns freistellen wollen von einer internationalen Steuerdrückerei. Die Arbeiterklasse in den feindlichen Ländern soll darüber klar sein, daß die Verelendung der deutschen Arbeiterklasse notwendig auch die Verelendung der Arbeiterklasse aller anderen Länder nach sich ziehen wird. Die Arbeiterschaft aller Völker will wieder aufbauen und herstellen, das kann aber nur herbeigeführt werden durch den Willen einer Peritandiana, aber nicht durch die Männer, die beratliche Sanktionen anstreben. (Beifall bei der Zustimmung.)

Hg. Trimbhorn (K.): Die Zentrumsfraktion sieht es zurzeit für ausgeschlossen an, vom Reichstag aus auf den Gang der Verhandlungen in London in erheblicher Weise einzuwirken. Sie muß die Verantwortung für die Folgen der Verhandlungen der Reichsregierung überlassen; die gegebenenfalls getroffenen Abmachungen werden in auch der Beschlußfassung des Reichstages unterliegen. Eine Annahme der Pariser Vorschläge ist nach wie vor völlig ausgeschlossen. Es darf nicht unterschrieben werden, was nicht gehalten werden kann.

Hg. Herat (DNB): Uns Volksvertretern (Lachen links) erwächst die Pflicht, das nachzuholen, was der Natur der Sache nach von unserer Regierung hier nicht getan werden konnte. Die Rede Lloyd Georges ist in der raffiniertesten Weise auf die Mentalität der Welt und nicht zum letzten auf die Mentalität des deutschen Volkes eingestellt. Die Auslassungen meines zweiten Vortrags schlagen der Einmütigkeit des deutschen Volkes nach außen hin direkt ins Gesicht. Unsere Gegenvorschläge gehen über das Maß unserer Leistungsfähigkeit hinaus. Lloyd George spottet seiner selbst. Unter angelegentlichem Schuldkenntnis ist eine Verelendung des deutschen Volkes. Nach Lloyd George sieht der Feind ein zufriedenes Deutschland als eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung Europas an. Diese Verurteilungen werden in unserem Vaterlande als der bitterste Hohn empfunden. Daß die Entente unter ungeheuren Ariensschäden leidet, wird von uns anerkannt. Wir bekreiten, daß diese Ariensschäden aus schließlich oder überwiegend auf unser Konto zu setzen sind. Wo sind die 20 Milliarden Goldmark abfließen, die für Zwecke des Wiederaufbaues hinweggegeben worden sind? Nicht allein die Entente hat erhebliche Menschenverluste zu beklagen, auch bei uns sind die enorm gewesen, nicht zum wenigsten durch die Absterben. Das hätte Lloyd George in Betracht ziehen müssen. (Präsident Löbe ruft den Hg. Kemmerle zur Ordnung wegen des Zurufes „Herat“.) Zuruf der Linken nach rechts: „Sie sind die Mörder!“ Nimmt man das durchschmittliche Volkseinkommen zum Maßstab, so sind unsere Lasten gegenwärtig ebenso hoch wie die des Feindes. Leider müssen wir damit rechnen, daß es zu einer völligen Verelendung nicht kommt; wir müssen klar den Folgen ins Auge sehen, aber diese Drohungen prallen ab an einem starken deutschen Herzen. Wir warten mit Ungeduld auf den Tag, wenn es wieder heißt: Ein freies deutsches Volk auf freier deutscher Boden!

Hg. Dr. Breitweid (USP.): Am 2. Februar hat Redehour unsere Haltung schon dahin gekennzeichnet, daß wir mit be-

Vor der Entscheidung.

den Füssen auf dem Boden der Entwarnung stehen, daß wir aber die wirtschaftlichen Forderungen nicht für durchführbar halten, sowohl vom Standpunkt des deutschen Arbeiters, wie vom Standpunkt der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Die Vertreter der französischen und englischen Arbeiterschaft sind reiflos von dem Standpunkt der dort herrschenden Klasse abgewandt. Die sogenannte nationalpolitische Einheitsfront lehnen wir ab. Wir haben nichts zu tun mit den bürgerlichen Parteien, die in der Forderung des Entente-Militarismus eigenwillig nur ein Bild von sich selbst erkennen müssen. Wir haben nichts zu tun mit denen, die den Krieg gefördert oder gewollt haben, auch mit denen haben wir nichts zu tun, die erklären, daß die ehemaligen deutschen Machthaber nicht schuldig sind am Kriege. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn hier einer, der auf die Anklagebank gehört, sich als Richter aufstellt. Redner kommt dann auf den bereits vom Abgeordneten Müller-Franken eröffneten Vorfall in Klensburg zu sprechen, ferner auf die Vorgänge beim Kreisrat in Aulof. Im Interesse der Arbeiter der ganzen Welt erklären wir die Pariser Beschlüsse für unausführbar. Wir wissen nicht, wie Dr. Simons Programm zustande kam, jedenfalls ohne Zutun der Volksvertretung. (Hört, hört!) Die Vorschläge sind erst während der Reise Dr. Simons formuliert worden. Wir stehen also vor der Tatsache, daß über die Lebensfrage des deutschen Volkes im Eisenbahntypus von einem Minister, einem General und mehreren Ministerialräten beschlossen worden ist. Wir stehen weiter vor der Tatsache, daß das Kabinett vier Wochen lang beraten hat, ohne imstande zu sein, in dieser Angelegenheit zu einem Ergebnis zu kommen. Die politische Verantwortung für die durch diese Beschlüsse herbeigeführte Situation trägt das bürgerliche Kabinett. Es würde ein Sturm durch Deutschland toben, wenn ein sozialistisches Kabinett so gehandelt hätte. Die Entente zu verspitzen, ist unmöglich, und an einen neuen Krieg kann niemand ernsthaft denken, auch wenn Herzog die Redensarten von 1914 wiederholt. Was damals Schauspiel war auf dem Hintergrund einer starken militärischen Macht, ist heute nur eine lächerliche Schmierenskomödie. Es gibt keine Rettung aus der Not und keinen anderen Ausweg als den Appell an die proletarischen Massen.

Herr Dr. Stresemann (DBP): Man kann nicht verlangen, daß in dem Urteil über die Zahlungsmöglichkeit eine ziffermäßige Garantie gegeben wird. Lloyd George spricht von Simons als dem Vertreter eines Landes, das für den Krieg verantwortlich ist, und sagt weiter, daß diese Verantwortlichkeit die Basis für das Gebäude des Friedens von Versailles bilde. Der Vertrag von Versailles hat angeblich die Rechtsgrundlage gegeben. Die deutsche Regierung hat niemals anerkannt, daß sie die Pensionen aller Armeen zu bezahlen habe. Und nun die Frage, die letzten Endes die Ursache aller Auseinandersetzungen ist, die Frage nach der Verantwortung für den Weltkrieg. Daß die Gesamtpolitik Deutschlands auf den Krieg eingestellt war, kann niemand behaupten. Kaum ist endlich geschwiegen: Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich hier als unhaltbar. (Hört, hört!) Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet, es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht. (Zuruf des Abgeordneten Bernstein (SD.): Er hat auch noch anderes gesagt!) Gewiß, er schreibt davon, daß die Reichsregierung verantwortlich gewesen wäre, gegenüber dem deutschen Volk, aber er lehnt jede Verantwortlichkeit gegen über der Welt und den Feinden ab. Bedauerlich ist es, wenn hier gesagt wird, Deutschland hätte im Falle seines Sieges einen ähnlichen Frieden gemacht. Kein anderer als Lenin hat es für lächerlich erklärt, den Frieden von Brest-Litovsk mit dem Frieden von Versailles zu vergleichen. (Hört, hört!) Warum hat Müller den Stapellauf des Dampfers „Luzifer“ bei dieser großen weltpolitischen Debatte zur Sprache gebracht? Das ist heute durchaus nicht von entscheidender Bedeutung. (Zuruf Müller (SD.): Das ist psychologisch zu werten!) Wir wollen dankbar sein, wenn es der Geschäftlichkeit der Unterhändler gelinzt, innerhalb der von der Regierung gezogenen Grenzen zur Verständigung zu kommen.

Reichsminister Neherbach: Herr Stresemann hat die Angriffe des Abgeordneten Breitfeld gegen Dr. Simons herabzusetzen versucht. Ich denke Ihnen dafür. (Zuruf der USR.) Ich glaube für den USR.) Dankbarkeit ist kein übermäßiges Gefühl. Namens der Regierung erkläre ich, daß das Kabinett durch diesen Angriff in seinem Vertrauen zu dem Minister des Auswärtigen nicht erschüttert wird. Es gibt wohl kaum einen Staatsmann, dem eine verantwortungsvolle Aufgabe auferlegt ist, als unter dem Augenmerk der Öffentlichkeit. Herr Abgeordneter Breitfeld hätte bei seiner Stellung zum Pariser Diktat doch wohl auch sein Interesse daran, die Verhandlungsmöglichkeit anderer Außenminister in London abzuwägen, anstatt sie zu überhören. Ich weiß nicht, welche Gründe den Außenminister zu der Art seines Verhaltens bestimmt haben, nehme aber an, es ist weiter vornehmlich worden. Herr Breitfeld hat daran zweifelt, ob die Regierung bereit ist, die Annahme, bei der Abreise des Außenministers Kenntnis von den Richtlinien gehabt haben, nach denen der Außenminister in London zu verhandeln hatte. Nachdem diese Durchsicht im Hause verweigert worden ist, nehme ich an, daß auch der Abh. Breitfeld selbst nicht mehr auf dieser Meinung besteht. (Beifall.)

Herr Schiffer (DBP): Meine Parteifreunde verstehen die Zurückhaltung, die die Reichsregierung sich auferlegt hat und die Gründe der Erklärung des Reichsministers. Unsere Stellung ist durch die Rede des Abgeordneten Breitfeld beeinträchtigt worden. Mit den vom Reichsminister aufgestellten Grundlinien sind wir einverstanden. Zu der Politik des alten Willens muß die Reichsregierung stehen, die weder durch Drohungen noch durch Lockungen ins Wanken kommt.

Herr Stöcker (Komm.): Die Regierung hat sich mit der inhaltlichen Rede Neherbachs nur lächerlich gemacht. (Die Abgeordneten aller nicht sozialistischen Parteien verlassen ihr Sitze den Saal.) Die Arbeiter werden den Entente-Diktat folgen aus den Knochen der Arbeiter herausgeholt werden. Auf der einen Seite sehen wir steigendes Elend und Not, auf der anderen Seite steigende Dividenden und steigenden Luxus. Wir wenden uns aufs Schreckliche gegen die Versuche, die arbeitenden Schichten über ihre Klassen-Interessen hinwegzuführen. Wir kennen keine nationale Einheitsfront, wir kennen nur eine Front der unterdrückten Massen. Der einzige Fehler im Abkommen des Weltkrieges ist die Souveränität aller Länder, und deshalb kann es nur eine Front aller Völker geben. Für uns gibt es nur die Lösung: Einmal der internationalen Proletariat durch die Diktatur des Proletariats. Nichtwiederherstellung des kapitalistischen Systems, sondern Aufbau eines kommunistischen Staates. Wenn ein neuer Kreuzzug gegen das Sowjet-Rußland zu Stande kommt, dann wird wohl die heimische Bourgeoisie auch nicht fehlen. Dieser Kreuzzug wird scheitern an der revolutionären Bereitschaft des deutschen Proletariats. Wir sind überzeugt, daß Gründe und Lockungen werden, wo Sie noch rechts und zur Mitte) wieder in dieselben Revolutionären trischen werden wie am 8. November.

Herr Reich (Soz. Volksp.): Wir billigen die Politik des Reichskabinetts.

Herr Ellenberger (Komm. Bayerl.): Auch für uns sind die Pariser Forderungen unannehmbar.

Herr Peters (Deutschnar.): Wir hoffen, daß das Reichsgesetz der Kulturminister es verhindern wird, daß ein Volk niedergedrückt wird.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Recherchier-Abendungsvertrag. Haushalt. Räte-Verfahren.)

Schluss 24. 11.

Heute mittag wird die deutsche Delegation in London ihre neuen Vorschläge unterbreiten. Dr. Simons hatte am Sonntagabend mit Briand und Lloyd George konferiert. Es wäre vergebliche Arbeit, auf die Andeutungen und Mutmaßungen über die bevorstehenden Erklärungen näher einzugehen. Die gesprächliche bürgerliche und vor allem die chauvinistische Presse faßelt ja das Blaue vom Himmel herunter und erschwert durch ihre hohlen Kombinationen nur die Arbeit unserer Delegation. Das beweist auch ein Telegramm der „Frankf. Ztg.“, in dem dargelegt wird, daß die Zerstreuung, aus Deutschland eintreffenden Nachrichten Pressstimmen und Rundgebungen ein völliges Mißverstehen der Lage verzeihen und die Aufgaben der Delegation erschweren. Das auf sie losgelassene Bombardement von Rundgebungen ist nur dazu geeignet, ihre sachliche Arbeit zu stören und die Delegation zu verfehlten Schritten zu verleiten. Ueberdies kann dadurch bei den Alliierten die deutsche Antwort schwerstens kompromittiert werden, zumal ein Teil der Alliierten nun auf Zehngriffe wartet. Durch diese unerwartete, sachtisch absolut ungerechtfertigte Einmischung sind die Aussichten bereits spärlich verschlechtert worden. Wenn die Delegation auch in eine Stimmung der unangenehmsten Polemik geraten würde, dann wäre ihr Hiersein zwecklos und eine Katastrophe sicher. Die Sanktionen sind unbedingtest zu nehmen. Die Exzessiven unter den Alliierten spekulieren auf Zwischenfälle und damit einen Wiedergang der Freiheit zu denjenigen Maßnahmen, die Lloyd George bisher nur mühevoll ausschließen konnte.

Auf beiden Seiten wird die Möglichkeit eines Provisoriums erwogen. Ein hervorragendes Mitglied des deutschen Sachverständigenausschusses hat erklärt, die deutsche Regierung haben den Plan gebilligt, daß für fünf bis sieben Jahre — allerhöchstens jedoch für einen Zeitraum von zehn Jahren — ein Provisorium geschlossen werde. Da von deutscher Seite namentlich der großen gegenwärtigen Finanznot Frankreichs gesteuert werden soll, hält man es für möglich, daß für das Provisorium Ziffern vorgeschlagen werden, die von denen des Pariser Abkommens nicht viel abweichen. Vor Ablauf des Provisoriums sei dann eine neue Konferenz zu berufen, die das letzte und entscheidende Wort zu sprechen habe. Die Alliierten sollen dieser vorläufigen Regelung nicht ganz abgeneigt sein, bestehen aber auf eine endgültige Regelung in den Grundzügen. Die stärkste Hoffnung auf ein Nachgeben der Deutschen hegen sie auf die obersteinstellende Abstimmung. Von einem Scheitern der Konferenz erwarten sie ein ungünstiges Abstimmungsresultat für Deutschland.

Die Gewerkschaften des Ruhrreviers (Allg. D. G. B. und Ufa) nahmen auf einer Konferenz in Bochum erneut Stellung zu den Londoner Vorgängen. Sie wandten sich ebenso scharf gegen die Pariser Beschlüsse wie gegen die deutschen nationalistischen Katastrophopolitiker und Scharfmacher. Die Konferenz ließ keinen Zweifel darüber daß die Arbeiter und Angehörigen des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes bisher erregung des Rechts verleideten und für ihre Ziele weiter kämpfen werden, sei es gegen inländische oder ausländische Kapitalisten.

Branting, der die deutschen Gegenvorschläge für psychologisch verfehlt ansieht, wendet sich im Stockholmer Sozialdemokraten gegen das Londoner Ultimatum. Der Verlauf der Londoner Verhandlungen entwickelte sich mit einer Schnelligkeit und Folgerichtigkeit auf dem von Anfang an zum Abgrund angelegten Weg der unwillkürlichen an die Rolle der Diplomatie in der schwarzen Woche vom Juli 1914 erinnern. Schließe die Konferenz so, wie es aussehe, so ergebe sich kein Triumph für die großen Gläubiger, wohl aber für Lenin!

Der Jubel, in den die französische Presse auf Grund der ersten Nachrichten über den Verlauf der Londoner Verhandlungen ausgebrochen war, scheint sich in sternernen Erwägungen Platz zu machen. Man scheint sich in Frankreich, wenn auch nur zögernd und widerstrebend, Rechenschaft davon zu geben, daß mit den Sanktionen allein noch nichts erreicht ist und daß auf dem in London eingeschlagenen Wege aus Deutschland praktisch nicht allzuviel herauszuholen sein wird.

Die „Humanite“ sieht in dem Londoner Ergebnis einen Sieg des französischen Nationalismus und der unerzähllichen Jagier der englischen Handelskreise über die Bernunft. Einen Ausweg aus der heißen Situation könne es nicht geben, solange der Vertrag von Versailles, die größte Ungerechtigkeit der Weltgeschichte, bestesse. Weber durch Sanktionen noch durch erzwungene Unterwerfung Deutschlands sei eine Lösung der Schwierigkeiten möglich. Vielmehr bleibe nach wie vor eine Abänderung des Friedensvertrages das dringendste Gebot der Stunde.

Teilrevolution in Russland.

Ein Junkspruch der Sowjetregierung spricht davon, der Aufstand der Kronstädter Matrosen und der Petersburger Arbeiter sei durch die konterrevolutionären Umtriebe des mit der Entente in Verbindung stehenden Generals Kollowitz ins Leben gerufen worden. Die Tatsache eines Petersburger Aufstandes wird hier also amtlich von russischer Seite zugegeben. Zwar hieß es in einer Meldung vom 2. März, der Aufstand sei bereits wieder unterdrückt worden, aber diese Nachricht stellte sich insofern als vorteilhaft heraus, als am nächsten Tage die Matrosen von neuem Herzen der Lage waren. Nach den letzten Drachungen soll Petersburg vollständig in der Hand der Aufständigen unter Führung Kollowitz, Kassin und andere Sowjetkommunisten sollen als Geiseln verhaftet und Sinowjew der Diktator von Petersburg, soll in das benachbarte Dramenbaum geflohen sein. Als Hauptgrund für den Aufstand wird die katastrophale Lage auf dem Lebensmittelmarkt angegeben. Daneben verlangen die anständigen Arbeiter vor allem Wiederherstellung der persönlichen und politischen Freiheit.

Jetzt scheint ferner zu stehen, daß es auch in anderen Gebieten Russlands zu revolutionären Erhebungen gekommen ist. So in Odessa und Krasnodar. In Krasnodar scheint die Bewegung blutig unterdrückt worden zu sein, aus Odessa stehen noch genauere Nachrichten aus. Ob die Nachrichten angeblich hohlewärtiger Blätter über Kojasch und Bauernaufstände im Dneprburger Bezirk und an der sibirischen Wolga den Tatsachen entsprechen, mag dahingestellt bleiben. Das Krasnodar Regierungsorgan „Pravda“ nennt die Lage jedenfalls „ungeheuer schwierig“. Jedenfalls sind alle über Russland verbreiteten Nachrichten sehr vorsichtig zu bewerten. Bei scharfer Prüfung aller vorliegenden Meldungen ist etwa folgendes festzustellen: Der Sowjetregierung ist es gelungen, die von Menschewiki und Sozialrevolutionären aufgereizten Arbeitermassen in Krasnodar und Petersburg wieder in die Hand zu bekommen. Auf-

klärung und Terror scheinen dabei gleichmäßig gewirkt zu haben. Ein Aufwacher befindet sich nur noch in Kronstadt, wo ein zaristischer General, der obengenannte Kollowitz anscheinend die Wache abgeworfen und die menschewistisch oder sozialrevolutionäre gestimmte Besatzung einiger Kriegsschiffe zum Aufbruch veranlaßt hat. Die Kronstädter Matrosen waren schon seit längerer Zeit ziemlich aufässig, jedoch sich trotz, mehrmals veranlaßt sah, gegen sie einzugreifen. In Kronstadt kann man auch einen Herd der gegenrevolutionären Propaganda vermuten, während Gaden nach Krasnodar und Bessingfors und wahrscheinlich noch weiter laufen.

Noch einmal der Rechtsputzsch.

Die Warnung vor dem Rechtsputzsch, die kürzlich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ erlangt ist, scheint doch sehr ernsthafte Gründe zu haben. Erst warnt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dann ruft Herr Escherich seine Getreuen zur Ordnung. Jetzt bringt auch die Preussische Regierung die Ausführungen eines angesehenen Parlamentariers zu dieser Angelegenheit zur Veröffentlichung. Es heißt darin zum Schluß: „Wo liegen nun aber die Gefahren? Ich bin keineswegs geneigt, die unheilvollen Absichten der Kommunisten, insbesondere der K. P. D. zu unterschätzen. Diesmal aber sehe ich die aktuelle Gefahr rechts und zwar in jenen deutschnationalen und deutschvölkischen Gruppen, die eng mit der Dreyfus zusammenarbeiten, atout priz den Eintritt in die Preussische Regierung erzwingen wollen. Daß auch Herr Stinnes davon weiß, geht aus dem letzten Passus seines Warnungsartikels hervor, der ganz deutlich auf die preussische Regierung wirken will, die neue Koalition möglichst weit nach rechts auszudehnen, um dem Aufsturm der äußersten Rechten möglichst viel an Boden zu entziehen. Daß die Haltung der Landtagsfraktionen sich durch derartige Momente nicht beeinflussen lassen darf, ist klar. Jetzt heißt es, den Gewaltpositivern im deutschnationalen Lager, denen ich auch die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem recht beachtlichen und gefährlichen Artikel des Kapplins Freiherrn von Wangenheim beigelegt, ein Gegengewicht aller Parteien und Männer zu bieten, die sich ihren klaren Menschenverstand und das politische Verantwortlichkeitsgefühl bewahrt haben. An dem Ernst der Lage darf jedenfalls keinen Augenblick gezweifelt werden.“

Es heißt also jetzt wieder noch mehr als je, auf einen neuen räuberischen Ueberfall der Nationalisten gefaßt zu sein.

Der Handel mit deutscher Rohle.

Wie die „Rheinische Zeitung“ erfährt, wird vom belgischen Kohlenentschädigungsamt die deutsche Entschädigungskasse, die nach dem Sinne des Friedensvertrages und nach dem Abkommen von Spa von Deutschland unter äußerster Vertikung seiner eigenen Kohlenversorgung an Belgien geliefert wird, offen in großen Mengen an Holland verkauft. Holland hat schon 40-50 000 Tonnen gekauft, und weitere Verkäufe stehen vor dem Abschluß. Mit dem Preis wird der deutsche Kohlenhandel erheblich unterboten, sodas ein Abfluß deutscher Rohle im Ausland fast unmöglich wird. Belgien verfährt mit diesem neuen Kohlenhandel, dem sich auch Frankreich demnächst anschließen dürfte, nicht nur gegen den Friedensvertrag, sondern es bewirkt dadurch, daß Deutschland infolge dieses Vorgehens bald keinen genügenden lohnenden Absatz seiner Rohle und damit auch nicht mehr die Möglichkeit zum Ankauf von Lebensmitteln und zur Erhaltung seiner Zahlungsfähigkeit haben wird.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Zusammenlegung des Reichsrats. Der Reichsrat nahm Sonnabend § 61 Absatz 1 des Gesetzesentwurfes über die Vertretung der Länder im Reichsrat an. Die neue Fassung des Paragraphen bestimmt, daß jedes Land eine Stimme hat. Bei größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner je eine Stimme. Kein Land darf mehr als zweifünftel der Stimmen haben. — In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die vorgeschlagene Neuerung besonders mit Rücksicht auf Preußen getroffen werden soll. Preußen zählt jetzt mit seinen 13 Provinzen nur 11 Stimmen im Reichsrat, so daß nicht alle Provinzen ihre Vertretung finden. — Das Plenum des Reichsrats nahm, dem Vorschlag des Ausschusses entsprechend, den Gesetzesentwurf unverändert an.

50-Milliardendefizit 1921.

Im Reichsrat wurde der Etat für 1921 endgültig verabschiedet. Der Berichterstatter erklärte dazu, daß man dadurch Ersparnisse erzielen wolle, daß im Falle eines Freiwerdens nur je zwei Beamtenstellen wieder besetzt werden dürften, bis 1/2 der gleichen Stellen derselben Gattungen fortgefallen ist. Der Etat für 1921 selbst bringt ohne Einrechnung der Eisenbahn, Post und Reichsdruckerei eine Gesamtausgabe von 87,5 Milliarden. Der ordentliche Etat hält mit 7 Milliarden formell das Gleichgewicht. Er enthält aber tatsächlich einen Fehlbetrag von 3,2 Milliarden und zwar einen Posten, der im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung als Einnahmeposten erscheint. Im außerordentlichen Etat stehen an Ausgaben 40,5 Milliarden, von denen 10,5 Milliarden aus außerordentlichen Einnahmen gedeckt werden sollen, während ein Fehlbetrag von 29,9 Milliarden durch Anleihen gedeckt werden soll. In den 10,6 Milliarden außerordentlichen Einnahmen stehen aber 7,8 Milliarden aus dem Ertrag des Reichsmonopols. Der Gesamtfehlbetrag von 29,9 Milliarden verstärkt sich noch durch Zuschüsse von 11,7 Milliarden an die Eisenbahn und 2 Milliarden für die Post, so daß schon jetzt im neuen Etat für 1921 mit einem Fehlbetrag von 48,8 Milliarden Mark zu rechnen ist. Dann stimmte der Reichsrat noch der Verlängerung des Kohlensteuergesetzes um ein halbes Jahr bis Ende September 1921 zu, ferner der Erhöhung der Zuckersteuer von 14 Mark auf 20 Mark für den Doppeltgennter und erledigte schließlich das Jugenwohlfahrtsgesetz.

Der gefälschte Geis-Brief.

Einer Justifikation sind mehrere Parteigänger zum Opfer gefallen. Es handelt sich um einen gefälschten Brief, den der Reichstagsabgeordnete Genosse Oskar Ged an den Salonkommunisten Lederer geschrieben haben soll, der ihn dann in seinem „Revolutionär“ Anfang Februar d. J. veröffentlichte. Mit wahrer Wollust haben kommunistische Zeitungen diesen fiktiven Brief ihren Lesern als echt vorgelesen, weil Genosse Ged in diesem Schreiben keine ganze Vergangenheit verleugnet, die Kriegskreditbewilligung durch die Sozialdemokratie und seine sonstige Haltung während des Krieges für falsch und verhängnisvoll erklärt und gemissermaßen um Verzeihung für seine Sünden bat. Wie festgelegt ist, hat Genosse Ged einen solchen Brief nie geschrieben. Damit fallen die gegen die Parteileitung erhobenen Vorwürfe, sie habe zu dem elenden Nachwort nicht rechtzeitig Stellung genommen, in sich zusammen.

Ausweisungen durch die Rheinlands-Kommission.

Aus Koblenz wird berichtet: Die interalliierte Rheinlands-Kommission hat angeheilig wegen nicht ordnungsmäßiger Ausführung der erteilten Requisitionsbefehle aus dem Dienst der Reichsverwaltung vier Persönlichkeiten aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Die notleidenden Landwirte.

In Berlin ist in diesen Tagen der Reichslandbund zu seiner Hauptversammlung zusammengetreten. Ihr voraus ging eine Zusammenkunft der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer, die sich aus rechtsgerichteten Volkswirten und Politikern zusammensetzt. Auf dieser Tagung wurde sehr ausgiebig über die Steuerpolitik des Reiches gesprochen. Vor allen Dingen war es Graf Westarp, der den Kampf, den Helfferich im Reichstag führt, einen Kampf „für die gesunde Vernunft, die Steuergerechtigkeit und Logik durchdrachten wirtschaftlichen Möglichkeiten gegenüber der Steuerpopularität“ nannte. Unter Erzberger habe, so meinte der Graf, der Haß gegen den Befehl Orgien gefiebert. In einer Entschließung wurde erklärt: „Nachdem die direkten Steuern nach dem Zustand des Finanzministeriums vollständig ausgeschöpft sind, ist die parlamentarische Durchführbarkeit des dadurch umso notwendiger gewordenen Ausbaues der indirekten Steuern in Frage gestellt.“ Dazu ist zu bemerken, daß wohl eine ganze Reihe neuer direkter Steuern gemacht worden sind, daß aber die Großindustriellen wie die Großgrundbesitzer bisher noch so gut wie gar keine Steuern abgezahlt haben, während jedem Lohn- und Gehaltsempfänger pünktlich am Zahlungstage 10 Proz. des Gehalts als Steuer abgezogen wird. Solange diese steuerliche Ungerechtigkeit nicht aufhört, solange werden wir Sozialdemokraten uns gegen die Erhebung weiterer indirekter Steuern verwehren, die in der Hauptsache die arbeitenden Klassen belasten.

England.

Sinkender Angriff auf Dublin.

Eine Gruppe von Sinfenern hat Sonnabend abend in den Straßen von Dublin mehrere militärische Lastautos angegriffen. Es kam zu Schießereien und mehrere Volkspolizei und Zivilpersonen wurden verwundet. Die Verluste der Sinfener belaufen sich auf 3 Tote und 5 Verwundete.

Amerika.

Die verpönte Amsterdamer Internationale.

Der Vollzugsrat des amerikanischen Arbeiterbundes hat, nach einer Washingtoner Meldung des W. L. B., beschlossen, daß der Bund alle Beziehungen zu dem internationalen Gewerkschaftsbund lösen soll, da sich die amerikanische Arbeiterchaft dem internationalen Gewerkschaftsbund wegen seiner revolutionären Betätigung und seiner Nichtanerkennung der nationalen Autonomie nicht anschließen könne.

Freistaat Lübeck.

Montag, 7. März.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 14. März, abends 6 Uhr, statt.

Achtung, Delegierte des Ortsausschusses! Am Donnerstag, dem 10. ds. Mts., findet im Gewerkschaftssaal eine Sitzung des Ortsausschusses statt, in welcher wichtige Angelegenheiten erörtert werden müssen. Wir machen schon heute auf diese Sitzung aufmerksam und bitten die Delegierten, sich diesen Abend freizuhalten und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Achtung, Jungsozialisten! Vorträge zu der am Sonntag, dem 2. April stattfindenden Generalversammlung müssen spätestens am 15. März in den Händen des Genossen Haase, Wädebestraße 19 II sein.

Zur Einkommensteuererklärung wird uns vom Finanzamt geschrieben: Aus den bisher eingegangenen Einkommensteuererklärungen ergibt sich, daß anscheinend zahlreiche Steuerpflichtige sich in dem für Lübeck gänzlich neuen Erklärungsverordnungsdruck nicht zurechtfinden können und infolgedessen die Einkommensteuererklärungen gänzlich mangelhaft oder falsch ausfüllen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß es im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen liegt, daß der Nordrat zur Einkommensteuererklärung peinlich genau ausgefüllt wird. Bei allen Einkommensarten (Einkommen aus Grundvermögen, Handel und Gewerbe, Kapitalvermögen und Arbeit) ist das Jahreseinkommen des Kalenderjahres 1920 einzuführen. Betschlag wird statt dessen beim Arbeitseinkommen nur das in der letzten Zeit bezogene Monatsseinkommen angegeben. Diese Angabe kann für die Steuerpflichtigen von großem Nachteil sein, da das Finanzamt dann eventuell durch Umrechnung des Jahreseinkommens im Wege der Schätzung feststellt und dadurch infolge der in letzter Zeit eingetretenen Steigerung der Gehälter und Löhne unter Umständen auf einem wesentlich höheren Einkommen gelangen kann, als der Steuerpflichtige tatsächlich bezogen hat. Es ist ferner namentlich bei von Arbeitern zurückgelegten Erklärungen die Wahrnehmung gemacht, daß diese ihr Einkommen aus Arbeit überhaupt nicht angegeben haben, sondern sich darauf beschränkt haben, den der Steuererklärung beiliegenden Fragebogen über Entlohnung der vorläufigen Einkommensteuer und den Lohnabzug auszufüllen und zum Teil noch nicht einmal vollständig. Auch wenn der Lohn abgezogen dem Reichstag vorzuliegende Entwurf eines Lohnsteuererlasses Gesetzeskraft erlangen sollte, wird dadurch die Angabe des Einkommens in der Steuererklärung nicht überflüssig. Die Steuerpflichtigen schädigen nur sich selbst durch die Nichtausfüllung. Ebenso kann nur dringend empfohlen werden, auch die weiteren Fragen unter B (Fragen persönlicher Art) am Schluß der Einkommensteuererklärung sorgfältig zu beantworten, da das Finanzamt sonst nicht in der Lage ist, den Steuererklärungen Einkommensteuern gemäß § 20 des Gesetzes festzusetzen, was ebenfalls von großem Nachteil für die Steuerpflichtigen sein würde. Das Finanzamt leant endlich allen Steuerpflichtigen, die noch hinsichtlich der Ausfüllung der Steuererklärung irrend welche Bedenken haben, dringend nahe, in den Sprechstunden des Finanzamtes (täglich von 9-12 Uhr) zu erscheinen und ihre Erklärungen zu Protokoll zu geben. Das Finanzamt erklärt sich ferner bereit, auf Anfordern für aufklärende Vorträge über die Ausfüllung der Einkommensteuererklärungen in Vereinen und Nachverbänden einen Beamten abzuordnen. Die Zustellung der Steuererklärungsprotokolle wird sich übrigens noch bis zum 12. März hinziehen.

Abstimmungsverordnungen für Ober-Schlesien. Die interalliierte Kommission gibt folgende Bekanntmachung: 1. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Personen der Kategorie A nur nach Vorzeigung der roten Legitimationskarte, die Personen der Kategorie B nur nach Vorzeigung ihrer Wahlkarte und der grünen Legitimationskarte zur Abstimmung zugelassen werden. 2. Die Aufmerksamkeit der Interessenten wird auf die Notwendigkeit hingelenkt, durch die zuständigen Gemeindeverwaltungen jede Ungenauigkeit in ihren Legitimationskarten berichtigten zu lassen, die sich auf die Angabe ihrer Namen, Vornamen, Alter und Geburtsort beziehen, außerdem in den Legitimationskarten für die Personen der Kategorie C jede Ungenauigkeit, die das Datum des Eintreffens im Bestimmungsgebiet betrifft. 3. Es wird außerdem in Erinnerung gebracht, daß jede Person, die bei der Abstimmung entweder eine andere Legitimationskarte als diejenige, die ihr zusteht, oder eine falsche Legitimationskarte gebraucht, den in Art. 38 der Abstimmungsverordnungen vorgesehenen Strafen (Geld- oder Gefängnisstrafen oder beiden Strafen zusammen) unterliegt.

Die Nichtspielgemeinde hatte für den 10. März eine Sondervorführung des Films „Das Cabinet des Dr. Calligari“ vorzusehen. Diese Vorführung, die bei aufgehobenem Abonnemerkontingend, hat wegen anderweitiger Benutzung der Stadthalle auf Donnerstag, den 17. März verschoben werden müssen.

Stadt-Theater. Dienstag Wiederholung von „Journalisten“. Mittwoch Eröffnung von „Byamallon“.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein 20jähriger Knecht von hier, der überführt und geständig ist, seinem früheren Dienstherrn in Danzigs mehrere Zentner Hafer gestohlen und diesen an verschiedene Abnehmer verkauft zu haben. Der Festgenommene steht in dem dringenden Verdacht, auf derselben Stelle eine größere Menge Saatartefel gestohlen zu haben.

pb. Diebstähle. Einem in der Lindenstraße wohnhaften Tischlermeister in am 5. d. M. ein viererlei Pattenwagen abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Einem Kaufmann aus Kiel, der in der Nacht von Freitag zum Sonnabend in Lübeck eine Bierreise gemacht hatte, ist bei dieser Gelegenheit eine goldene Uhrkette und eine braune Brestasche aus Lüttenhagen mit ca. 3000 Mk. abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen. — In waldloser Nacht sind einem Landmann in Gohndorf 6 grau und blau geprenkelte Hühner gestohlen worden.

Moorgärten. Sozialdemokratischer Verein. Die Monatsversammlung am 5. März war recht gut besucht. Mitglieder und Reeder Genossen waren zahlreich erschienen um mit uns gemeinsam Stellung zu nehmen zur Brennholzfrage. Diese ist in der Tat „brennend“, denn jeder Haushalt hat auf den Funktionen nur einen Haufen Holz bekommen. So war die Anordnung des Försters. Und dann die Preise! Auswärtige Käufer trieben sie in die Höhe, so daß 150 bis 180 Mk. pro Raummeter gezahlt werden mußte. Für die Staatskasse mag das ein gutes Geschäft sein. Aber welcher Arbeiter kann das bezahlen? Im Vorjahre bekam jede Haushaltung mindestens 2 bis 3 Raummeter, je nach der Größe. Die Verarmung beschloß, ein Gesuch an die Finanzbehörde zu senden, damit Abhilfe geschaffen wird. Ferner wurde über die Verjagung Moorgartens mit elektrischem Licht verhandelt. Man war allgemein der Ansicht, daß es an der Zeit sei sich zu rühren, damit unser Ort nicht vergessen werde, zumal das Gerüch umgeht, daß Reede angegeschlossen werden soll.

Angrenzende Gebiete.

Schwabau. Achtuna. Arbeiter-Jugendverein! Am Dienstag Vortrag des Genossen Münstermann-Lübeck über: „Die Gefahren der Jugend“.

Hamburg. Große Schiebung mit gefälschten Frachtbriefen. Eine Malienanfrage wegen Diebstahls, Betruges, Hehlerei, Begünstigung und Fälschung öffentlicher Urkunden beschäftigte das Schwurgericht. Es hatten sich 17 Angeklagte zu verantworten. Nach dreitägiger Verhandlung erkannte das Gericht gegen 14 Angeklagte auf Gefängnisstrafen. Die höchste Strafe betrug 3 Jahre, die geringste 1 Woche Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Hamburg. Einschränkung der Tanzlustbarkeiten. Die Polizeibehörde will im Hinblick auf den Ernst der Zeit die Erlaubnis zu öffentlichen Vergnügungen, insbesondere zu Tanzlustbarkeiten, wesentlich einschränken.

Hamburg. Beim Essen erstickt. Der Friseur Horst brach am Mittwoch, als er das Mittagsessen einnahm, plötzlich lautlos zusammen und starb auf der Stelle. Die im Patientenhaus vorgenommene Sektion ergab, daß S. nicht, wie angenommen wurde, vom Herzschlag betroffen worden sei, sondern daß ein Bissen Fleisch, der sich in der Lufttröhre festgesetzt hatte, den Tod herbeigeführt hat.

Kiel. Orgelwaffen. Von unbedingt zuverlässiger Seite wird der „Sülesm-Hof“, Volkszeitung“ mitgeteilt, daß eine amtliche Kommission aus Berlin, ein Oberst, ein Kommissar und ein Kriminalwachtmeister, in Rendsburg eintraf und dort einen großen Vollen von Militärorgeln, Maschinengewehren und Seitengewehren in der Kaserne beschlagnahmte. Nach den vorliegenden Mitteilungen handelt es sich um Orgelwaffen. Die Kommission war auch in einer Kieler Kaserne, wo man, wie verlautet, ebenfalls Waffen fand. Ueber die Anzahl der gefundenen Waffen können wir noch keine Mitteilung machen. Die Tatsache stimmt aber.

Kiel. Amtliches Ergebnis der Provinzial-Landtagswahlen in Schleswig-Holstein: Es entfielen auf die Liste Wiederaufbau 291 499 Stimmen, 28 Sitze; Zentrum 4943, 1 Sitz; Sozialdemokraten 239 873, 21 Sitze; Unabhängige 21 158, 2 Sitze; Kommunisten 33 878, 3 Sitze; Selbstverwaltung 38 663, 3 Sitze; Schleswigischer Verein 4278, keinen Sitz. Zusammen 634 090 Stimmen, 66 Sitze.

Kiel. Die Schleifung der Kieler Festungswerke soll nach neueren Forderungen des Feindbundes reiflos durchgeführt werden. Alles, was militärischen Wert in den Forts hat, ist im Laufe des letzten Jahres bekanntlich beseitigt und die Geschütze und Panzerungen sind vernichtet worden. Jetzt fordert der Feind auch die Beseitigung der baulichen und anderer Einrichtungen, die Zuführung der Festungsgräben, die Beseitigung der Wälle und Kalematten und das Abreißen von Kasernen innerhalb der Forts. — Die Stadtkollegien bewilligten nunmehr endgültig für die Zwecke des Handels- und Industrieamtes 100 000 Mk. Für die Wiederaufnahme der Wollbampferlinie Kiel-Rorjör wurden auf zwei Jahre je 500 000 Mk. ausgeworfen. Die gleiche Beihilfe wird von der Provinz und vom Staate erwartet.

Wismar. Schrecklicher Tod infolge Unvorsichtigkeit. Der Forstarbeiter Ebert in Ganztow hatte im Walde in einem Gewässer mit einer Sprengpatrone die zum Stubben-Sprengen dienen sollte, sitzen wollen. Die Explosion erfolgte zu früh, so daß Ebert fürchtbar verstimmt ins Wasser stürzte, wo ihn die Arbeitkollegen erst am nächsten Tage bei der fortgesetzten Suche nach dem Verschwundenen fanden.

Ein steuerscheuer deutschnationaler Finanzminister.

Schwabau. In der letzten Sitzung des mecklenburgischen Landtages hatten die Sozialdemokraten eine Anfrage eingebracht, die nähere Auskunft über ein Verlöblich wünscht, wonach der deutschnationalen Finanzminister Dettmann, der dem kürzlich abgelaufenen Reichstabinet angehörte, sich während seiner Ministerialtätigkeit der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben sollte. Finanzminister Peterson, der die Anfrage beantwortete, stellte fest, daß durch die Untersuchung tatsächlich die Uebersicherung des Beschlagnahmten erfolgt ist. Das Ministerium war aber nicht in der Lage, soweit es sich um Staatssteuern handelt, die verschwendeten Summen anzugeben. Vom Landesfinanzamt Rostock ist Strafantrag gestellt und das Verfahren bereits eröffnet worden. Die Angelegenheit ist für die deutschnationalen Partei um so peinlicher, als der frühere Staatsminister Dettmann auch auf der neuen Kandidatenliste verzeichnet ist und sie in ihrer Wahlpropaganda die großen Taten des Finanzministers Dettmann denen der Minister der Vorkriegszeiten gegenüberstellen und ihre Arbeitsminister nicht genug rühmen können.

Recht voröffentlich: Dettmann in der Mecklenburger „Worte“ eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: „Das Finanzamt in Wismar hat mir erklärt, daß meine Steuererklärung zur Kriegszugabe zum Vermögenszugangs in jeder Weise einwandfrei ist und nicht den geringsten Anlaß zur Annahme einer Steuerhinterziehung bietet.“

Dazu erklärt der Finanzminister Peterson in einem Schreiben an die Mecklenburger Presse u. a.: Meine zurückhaltende Antwort auf die Anfrage wegen der Steuerhinterziehungen des Herrn Dettmann hat Herr Dettmann durch eine Gegenerklärung in der Presse beantwortet. Meine Zurückhaltung bei Abfertigung der Erklärung und meine Hoffnung auf die Geheimhaltung der Akten hat ihn offensichtlich ermutigt, in seiner Gegenerklärung eine Heilung anzunehmen, die demselben Geist entspringt, wie seine Steuererklärung selbst. Der Herr Vorsitzende des Finanzamtes Küstrrow teilte mir mit, daß er Herrn Dettmann unendlich geliebt haben könne, seine Steuererklärung hat gerade Anlaß zu Beanstandungen gegeben. Der Kernpunkt, um den es sich handelt, ist der, daß ein wesentlich höheres Vermögen festgestellt wurde, als Herr Dettmann in seiner Steuererklärung angab. Um welche Summe es sich dabei handelt, wird die Öffentlichkeit erfahren, wenn Herr Dettmann den Mut aufbringt, mich von der Unüberschwiegenheit zu entbinden.

Den „Lübeckischen Anzeiger“, die wiederholt von der Steuerhinterziehung der Sozialdemokraten geschrieben haben, empfehlen wir den Fall Dettmann zur ganz besonderen Beachtung.

Neueste Nachrichten.

Die Berliner Beratungen.

II. Berlin, 7. März. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die aus London vorliegenden Nachrichten sind am Sonntag in zwei Kabinettsitzungen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert beraten worden. Zwischen beiden Sitzungen fand eine Besprechung mit den Sachverständigen statt, soweit sie erreichbar waren. Auf Grund der Beratungen sind an die Delegation Instruktionen für die am Montag stattfindende Sitzung in London ergangen.

Eröffnung der Leipziger Messe.

II. Leipzig, 7. März. Die am gestrigen Sonntag eröffnete Frühjahrmesse ist die bislang bestbesuchte. Bisher wurden über 50 000 Besucher angemeldet. Zum erstenmal sind wieder Meh-Sonderzüge aus dem Auslande eingetroffen und viele Ausländer sind anwesend. Größere Geschäfte wurden bereits mit Ausländern getätigt. Man beurteilt die Stimmung nicht so pessimistisch, wie man eigentlich nach dem Gang der Londoner Verhandlungen annehmen könnte. Die Reichsregierung und einzelne Städte haben Vertreter entsandt. Ebenso sind fremde Regierungen vertreten.

Wirtware in London.

II. London, 7. März. Der interalliierte oberste Rat hat gestern abend eine Sitzung abgehalten, die bis 11.45 Uhr dauerte. Es wurde beschlossen, die neuen deutschen Gegenverpflichtungen, die die Bestätigung des Abkommens von Paris für die Dauer von fünf Jahren enthalten, in der Erwartung einer späteren Revision, abzulehnen. Nach Ablehnung der neuen deutschen Vor schläge wurde auf Antrag von Lord Georges von den Alliierten folgender neue Vorschlag festgestellt:

1. Annuitäten von drei Milliarden Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren, an Stelle von 42 Jahren, wie es im bisherigen Abkommen vorgesehen war.
2. Erhebung einer Zage von 30 Prozent der Zinsposten auf die deutsche Ausfuhr mit einem bestimmten und garantierten Minimum, das nach 5 Jahren 6-8 Milliarden betragen könne.
3. Bezüglich der Differenz der in Paris festgesetzten Höhe von 225 Milliarden die auf diese beiden Arten der Verzinsung entstehende Summe wird es der Reparationskommission überlassen, die nach Feststellung der Gesamtschuld der Alliierten festzusetzen ist.

Leuheur begab sich in das Savoyehotel um das Gegenprojekt der Alliierten Dr. Simons zu übergeben. Der Oberste Rat beschloß heute morgen, um 11 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammenzutreffen und um 2 Uhr die deutschen Delegierten und die Antwort deren Regierung zu empfangen.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind die obengenannten Vorschläge der Alliierten bereits durch neue Verhandlungen überholt worden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Ein Beitrag zum Kapitel „Militärmusik“.

Am Sonntag, 27. Februar, fand zugunsten der Ober-Schlesien-Spende im Gewerkschaftssaal ein Konzert der Militärmusik unter Clausnithers Leitung statt. Die Einnahme betrug 720 Mk. Demgegenüber stehen Ausgaben von schätzungsweise 600 Mk. Es wäre also ein Reingewinn von 120 Mk. verblieben, wenn die Militärlapelle es sich ebenso zur Pflicht gemacht hätte, wie wir, bei Veranstaltungen von beratig vaterländischer Bedeutung sich unentgeltlich in den Dienst der Sache zu stellen. Nun kam uns zu Ohren, daß die Militärmusiker sich anständig hätten bezahlen lassen. Der Kapellmeister nach altem Muster zwei Teile. Dadurch sei ein großes Defizit zum Schaden der Spende für Ober-Schlesien entstanden. In maßgebender Stelle erhielten wir die Bestätigung hierfür. Die Kostenrechnung Herrn Clausnithers betrug 1037 Mk. Nun ziehe man selbst keine Schlüssel! Wir finden es jedenfalls unglücklich, daß staatlich angestellte, gut bezahlte Militärmusiker in einer so durchaus vaterländischen Angelegenheit Forderungen stellen konnten, wo sie doch die Ueberzeugung haben mußten, daß sie ein Defizit herbeiführen. Bei der Durchsicht der Rechnung ist uns ferner unverständlich geblieben, daß für dreißig Mann zweimal Reisekostenabrechnung angeführt ist, während nach derselben Rechnung zwanzig, nach anderem Berichte achtzehn Mann gereist haben.

Das Orchester des Vereins der Musikfreunde.

Erwidern.

Auf obiges „Eingelant“ erhalten wir folgende Erwidern: Die Sache gewinnt doch ein anderes Bild, wenn man alles was in Betracht zu ziehen ist zu den gemachten Angaben hinzurechnet. Dann zeigt sich, daß die Militärlapelle uns in dankenswerter Weise in Lübeck und Cutin in beiden Städten wiederholt unterstützt hat. Ueber das, was zu wahlthätigen Zwecken uns in so entgegenkommender Weise widerfahren ist, auf diese Weise jetzt abzurechnen, scheint mir wirklich nicht der richtige Weg. Aber jeder der es wissen will, soll von mir gern die Auskunft haben. Um jeden Zweifel auszuheilen, hat nunmehr in freundlicher Weise Herr Musikdirektor Clausnither abermals bereit erklärt, mit seiner Kapelle am Montag, dem 21. März d. S., abends zu danken der Lübecker Kinderhilfe ein Konzert zu veranstalten, wenn, was wir doch sicher hoffen dürfen der Sieg in Ober-Schlesien uns errungen wird, zu dem auch ja unsere Militärlapelle beigetragen hat.

Dr. Müller.

Geschäftsführender Ausschuß für die Grenzspende für Ober-Schlesien.

Verantwortlich für den vollständigen und allgemeinen Teil: Hermann Bayer. Für die Rubrik „Sprechsaal“: August Schulz. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Helm. Steinberg, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: H. Haller Jr. u. L. Capell, Markt 3, Hofmarkt 12.

Neue Volksbühne, 44 Bedergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7 1/2 Uhr.

Restaurant „Hofstentrog“, Hugo Donsen, Hofstentrog 37. Telefon 8184.

Restaur. zur Markthalle. Küche, Biere, Weine. Paul Richter, Mengstr. 6. Tel. 232

Café Bernhardt, Fadenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Untertrave 100. Fernruf 3268. Spez.: Tügl. frische Back- u. B. Bohnenkaffee, D. Kaffee.

Bodega-Weinstub. H. Biesenberg, Fleischstr. 14. Tel. 8986. Gute gepflegte Weine, Käse und Küche.

Reichels Kolonialwaren-Verkauf. Inh.: O. Schneider, Fleischstr. 16. Tel. 497. Gut gepfl. Biere, Weine u. Küche.

Restaurant u. Café, Königstr. 41. Kaffee, Garten und Veranden, gute Küche.

Fritz Derlien, Hügelstraße 107, Samen- und Futtermittelhandlung.

Großbude, Ehr. Schulz, Tel. 3458, Königstr. 93.

Hellers Restaurant Gr. Burgstr. 57. Altbekannte Frühstückstube. Bürgerl. Mittagsstich von 12-2 Uhr, solide Preise.

H. Schull, Bierhalle Bedergrube 17.

Lebensmittel, Obst.

Fr. Klempau, Königstraße 22. Obst - Süßfrüchte.

E. Christofferfen, Hofstentrog 42. Fernsprecher 2345. Schokoladen, Konfitüren, Kaffee, Tee, Konserven und Marmeladen.

Fischhandlung H. P. Unger Hofstentrog 21. Fernsprecher 8603. Täglich Eingang von frischen Fischen.

Gustav Maggaard, Johannisstr. 13. Beste Bezugsquelle für Kolonialwaren.

H. Bild, Kaffee, Tee, Kakao-Handlung, Mengstr. 24. Fernspr. 149. Geschäftszeit 9-1 u. 3-5.

Kostöder Butterhandlung Inh. Robert u. Dora Gündel. Bedergrube 9, Tel. 2064.

Karl Wunderlich, Fünfhausen 16. Obst, Gemüse, Süßfrüchte und Lebensmittel.

C. Boss, Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren, Rauch- u. Aantabake. Große Burgstraße 59. Geschäftsprinzip: Gute Ware, solide Preise. Fernruf 410.

Walter Steinbagen, Fleisch- u. Fettwaren-Hölg. Spez. Butter, Marg., Eier. Bedergrube 7.

H. Horbed, hauerstr. 110. Schokoladen, Marzipan- und Zunderwaren-Fabrik. Tel. 443. Begr. 1873.

Fischhandlung, J. Bieg Tel. 30. Fleischhauerstr. 15.

E. Koepfer, Kaffee- u. Kolonialw. Königstr. 75. Tel. 8915.

Schäfer, Schwarzwald Allee 34. * Papierwaren, Schulartikel * Bijouterien, Bilder * Konfitüren, Kekes * Spezialität: Reichard-Schokolade * Heife.

A. Maret, Altesse Cäs. Konditorei und Marzipanfabrik.

Paul Rosentanz, vorm. Katharina Anich, Puh- u. Modewaren. Telefon 8327, Sandstr. 2-4. Stets letzte Neuheiten zu billigsten Preisen.

Johannes Hoff, Markt 6. Herren-, Anaben-, Arbeiter-Garderoben und Schuhwaren, Manufaktur- und Aussteuer-Artikel zu billigsten Tagespreisen.

Johanna Marks-Whrendt, Mühlentrog 5. Fernspr. 2680. Erstes Spezialhaus für Hüte - pressen und -arbeiten nach den neuesten Formen wird schnell u. preiswert ausgeführt.

E. Graff, Hofstentrog 20. Spezialgeschäft für Herrenmoden, Wäsche, Hüte und Mützen.

Gustav Nagewitz, Transport- u. Expedition. Lagerung * Möbeltransporte * Kontor und Lager. Schwarzwald Allee 60a * Fernsprecher 9044.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.



Aug. Trost & Sohn, Hofstentrog 23. Hüte und Mützen.

H. Hornbogen, Königstr. 71. Tel. 1010. Strumpffabrik, Spezialgeschäft feiner Tricotagen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannisstraße 11. Unterzeuge, Strumpfwaren, Anaben-Anzüge etc.

Alma Busse, Wahnstraße 18. * Damen- und Kinderhüte in großer Auswahl. Unpressen und modernisieren schnellstens.

Ferd. Kauffeld, Obere Wahnstr. 11. Mützen. Unpressen für Herrenhüte.

Eisleben, Braunsstraße 30 32. Puhwaren. Groß- und Kleinhandlung.

M. Longuet, Allingeb. 3/4, 1., Haus Koepfle, neb. St. Hambg., Elagengesh, Gr. Zusw. l. garn. Hüte. Umarb. u. pressen alt. Hüte a. neueste Form.

D. Wagner, Hofstentrog 8. Damen- und Kinderhüte. Größte Auswahl. - Billigste Preise.

W. Kamm, Johannisstr. 16. Korsetts jeder Art.

Herrngarderobe fertigt preiswert. W. Treftau, Königstr. 4-6, II.

Fritz Helme, Zigarren. - Import. - Versand. Bedergrube 36. Fernruf 8472. Filiale: Schwedeneckerstr. 24. Empfehle mein reichhaltiges Lager feinsten Qualitäts-Zigarren und Zigaretten, Tabake jeder Art. Hamburger, Bremer und Sänder Fabrikate, sowie Zigaretten in größter Auswahl. In- und ausländische Fabrikate zu äußerst niedrigen Preisen.

Die führende Firma der Branche: Färberei Lehfeldt, Johannisstr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Mutterknoten!	W bedeutet wochentags, S Sonntags, D bedeutet D-Zug.										Mutterknoten!	
Lübeck-Hamburg	Abfahrt	2-3	2-4	2-3	2-4	2-3	2-4	2-3	2-4	2-3	1-3	2-4
	Ankunft	600	745	1000	1125	108	362	480	720	812	920	920
Hamburg-Lübeck	Abfahrt	2-4	2-4	1-3	2-4	2-3	2-4	2-3	2-3	2-4	2-3	2-3
	Ankunft	530	705	827	1020	1220	530	455	555	722	920	1225
Lübeck	ab	800	130	420	580	900						
Büchen	an	915	247		652	1020						
Berlin		140	854	910		554						
Lübeck	ab	720	980	1210	518	912						
Kleinen	an	915	1028	202	702	1054						
Lübeck	ab	1155		845	D							
Büchen	an	684	1145			308						
Lübeck	an	745	100	120		424						
Kleinen	ab	552	928	217	710	D						
Lübeck	an	725	1114	404	808	910						
Lübeck-Segeberg	2-3. Kl.	W	S	W	W	S						
	ab	805	1030	210	740	540						
	an	1092	1154	385	905	708						
Lübeck-Kiel	2-3. Kl.	W	S	W	W	S						
	ab	717	1244	142	D	187	635					
	an	814	115	235	325	722						
		956	511	320		910						
Lübeck-Itzendorf	2-3. Kl.	W	S	W	W	S						
	ab	522	815	204	620	400						
	an	615	900	244	720	500						
		627	598	309								

Joh. Tollgreve, Goldschmiedemeister, Königstr. 92. Silberne u. verfilberte Bestecke - Trauringe - Reparaturen. Moderne Schmuckstücke.

Possehl's Kohlenhandel

Abteilung Beckergrube, Abteilung Mühlentrog 62

Fernspr. Nr. 8330-8333, Fernspr. Nr. 8720-8723.

Koks, Kohlen, Briketts

Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

H. Rughase, Untertrave 62. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

H. Vial, Untertrave 70. Zigarren u. Tabakwaren.

Uhren und Optik.

Ludwig Zander, Marlesgrube 3. Goldschmied. Großes Lager von Gold- und Silberwaren. Eigene Werkstatt.

C. Bland, Königstraße 78. Erstaufgelegtes Spezialhaus feiner Uhren, Gold- und Silberwaren 1341. Silberwaren. Telefon 1341. Eigene Werkstatt für Reparatur und Reparatur.

Otto König, Fleischhauerstraße 7. Gold- und Silberwaren. Anfertigung hässlicher Reparaturen und Neuarbeiten in eigener Werkstatt. Spezialität: Verlobungsringe.

Johs. Bernhardt, Goldschmied, Hügelstraße 25. Gold- und Silberwaren, Trauringe. Eigene Werkstatt.

Willi Westphaling, Spezialität: Verlobungsringe. Reparaturen prompt. Hofstentrog 32.

Max Ehrichsen, Uhren, Goldwaren. Reparaturen billig. - Hügelstraße 56.

Herrenstiefel von 140.- Mt. an
Damenstiefel 140.-
Damen-Spangenschuhe 68.-
Damen-Schnürschuhe 65.-
Damenstiefel (hochschaff) 210.-
Herrenstiefel (braun) 300.-

Große Auswahl in Kinderstiefeln.
 * Vorchristmässige Turnschuhe. *

Eugen Meinen .. 5 Allingenberg 5

Zigarren, Tabake usw.

Otto Wegener, Zigarren, Zigaretten, Tabak, Groß-Vertrieb, Lager erstklassiger Fabrikate. Fleischhauerstraße 65. Fernruf 3381.

Hans Kühler, Fischergrube 35. Beste Bezugsquelle für Hausmacher-Zigarren.

Bremer Zigarren-Fabriken G. Frese Begründet 1860 * Bremen * Gegründet 1860
 Filiale Lübeck, Hofstentrog 13/15, Fernspr. 8937
 Vorteilhafteste Bezugsquelle feinsten Bremer Qualitäts-Zigarren.

Kaucht Dreessen's Tabak u. Zigarren Hofstentrog 8

Heinrich Möller, Hofstentrog 42. Untertrave 114-115. Gegründet 1867. Fernruf 8426. Zigarren, Zigaretten, Tabake in größter Auswahl. Eigene Steuerlager für Wiederverkäufer.

Alfred Köhlich, Zigarren, Zigaretten, Tabak. Hofstentrog 2, E. Schäffeldb.

J. van de Berg, Zigarren-Spezialhaus Fleischhauerstr. 88.

Zigarren-Riecke Königstr. 64, Ede Hügelstr.

Albert Ziehe, Gutumpresse-Anstalt, Fleischhauerstr. 60.

Wilh. Gwert, Schuhwaren, Untertrave 3. Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Hofstentrog, Ede Sandstr. Bezugsquelle für Schuhwaren jeder Art.

Adolf Häbner, Uhrmacher, Fünfhausen 13.

Antiken: O. Weff, Dreie Straße 38 und Hügelstraße 41.

Uhrmacher, Schüsselbuden 11.

Uhrmacher, Bedergrube 28.

Möbel.

Gustav Reinboth Papierhandlung Geschäftsbücher Hofstentrog 36.

Mia Schwarz, Kleider elegant. Damenmod. Hofstentrog 48a II. 9-1, 3-6 II.

J. Kloeßen, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telefon 1193. Königstraße 65/67.

Georg Lopp, Marlesgrube 24. Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

Carl Follers, Marlesgrube 2. Möbelfabrikation. Vorteilhafteste Einkaufsquelle für alle Wohnnecessitäten sowie Einzeilmöbel.

Wilh. Döhring, Korb- u. Korbf. Hügelstr.

M. Krause Ww. Blumenblinderel, Bedergrube 8.

Blumengeschäft Sager Inh. J. W. Königstr. 90. Tel. 1208. Blumen- und Kranzbinden. Spezialität: Brautsträuße.

Rudolf Gaspary, Hofstentrog 2. Blumen und Pflanzen. Kränze in allen Ausführungen.

Allgemeines.

Piehl & Fehling Kohlenabteilung, Mühlentrog 48 Anthrazitkohlen * Briketts * Holz * Torf *

Niebuhr & Binge, Bedergrube 4. Elektromotoren u. Apparatebau, Untertrave 115. Fabrikation elektrischer Materialien. Ständiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Feddersen & Wulff, Königstr. 62. Herrenschneiderel-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Artikel.

Hermann Dobberstein, Hügelstr. 47, Fernspr. 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. - Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannisstraße 21. Fernspr. 686. Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Ankauf, Verkauf, Verleihung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungskörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königstr. 66. Julius Vogt. Delfarben.

Martin Jürgens, Hügelstraße 78. Solinger Stahlwaren u. eig. Schleif. m. elektr. Betrieb. Tägl. Schleifen.

C. F. Alm, Hofstentrog 12, Braunsstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod., geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft Ritz, Fernr. 3383, Ob. Wahnstr. 1

Ludwig Schlüter, Kurstuhfabrikation, Hochzeits- und Trauerwaren. Telefon 72. Bedergrube 24.

J. Nowacki, Fischergrube 45. Mechanische Schuhreparaturwerkstatt.

Carl Hans Kühl, Mühlentrog 42. Telefon 2988. Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut. Heint. Kruse, Mechaniker, Fischergrube 33. Solide Preise.

Fr. Grüschow, Johannisstraße 63. Fernruf 8382. Piano- und Möbeltransport. Uebernahme ganzer Umzüge am Tage und nach auswärt. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Hark, Johannisstraße 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Unterwickel.

Wilh. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempnerei und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Johs. Hecht, Friseur, Königstraße, Ede Johannisstraße, Haus Löwen-Apothete.

Tapezier-Diejer. u. Rohstoff-Genossenschaft e. G. m. b. H. Schüsselbuden 4. Fernsprecher 8281. Rohstoffe, Tapeten, Möbelstoffe, Gardinen.

Schuhmacher-Rohstoff-Berein G. m. b. H. Johannisstr. 31. Oberleder, Unterleder, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nichtmitgliedern.

Löwen-Apothete und Homöopathische Zentral-Apothete, Johannisstr. 13. Fernruf 821. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

Max Pauls, Inhaber: Erich Schauer, Königstr. 45. Haus- und Küchengeräte.

L. Harms & Co., Inh.: H. Echoldt, Königstr. 49. Tel. 207. Spezialgeschäft für Beleuchtungsartikel aller Art.

Tapeten, Säuerstoffe, Wachsstube Carl Beulde, Königstraße 48b.

Historiker Lubendorff.

Ueber den geplanten Rechtsputsch sind ernste Warnungen ergangen und wie üblich, wurde der Anschlag der Reaktion von dieser abgestritten. Daß darunter auch der Name Lubendorff auftaucht, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist aber auch, daß Lubendorff in den Rapp-Tagen eine erste Rolle gespielt hat und es steht außer jedem Zweifel, daß jetzt in dieser Münchener Villa die Fäden aller reaktionären Mächtschaften, an denen das Bayernland reich ist, zusammenlaufen. Die Geschichte wird einst feststellen, daß Lubendorff mit der größten Unreife in politischen Dingen einen unstillbaren, unfehlbaren Gang zur politischen Intrigantentätigkeit verband.

Das hat er auch schon im Weltkrieg zur Genüge bewiesen. Die Intrigen der Obersten Heeresleitung gegen den „schlappen“ Reichskanzler Bethmann Hollweg sind unvergessen. Unvergessen ist auch der blutige Dilettantismus, mit dem Lubendorff Außenpolitik zu treiben suchte. Der Versuch, Rußland durch die Schaffung von Randstaaten auf die Dauer jede Verbindung mit der Ostsee abzuschneiden, wurde unlängst von einem extrem-antideutschen Blatt, der „Deutschen Zeitung“, als Höhepunkt des politischen Wahnsinns und Kennzeichen politischer Unreife bezeichnet. Freilich richteten sich diese Ausfälle der „Deutschen Zeitung“ gegen die jetzige Randstaatenpolitik der Entente. Aber Lubendorff ist es doch, der genau die gleiche Politik 1917 in größtem Stille versucht hat. Die „Deutsche Zeitung“ schrieb mit Recht, daß jeder, der Rußland vom Meer abschneidet, damit die ewige Feindschaft Rußlands herausfordert. Lubendorff tat dies, und doch wollte er gleichzeitig zu einem dauernden Frieden mit Rußland kommen, der ihm freie Hand gegen die Westmächte ließ.

Zu dieser russischen Politik Lubendorffs gehört auch ein weiteres Kapitel: Die Hochglückung des Bolschewismus in Rußland, die durch den Import der russischen Bolschewistenführer Lenin, Trotzki usw., aus der Schweiz inauguriert wurde. Bekanntlich wurden diese in plombierten Waggons durch Deutschland hindurchgeführt.

Daß der deutsche Militarismus an dem russischen Bolschewismus Vaterrecht hat, darauf hat erst unlängst Genosse Eduard Bernstein hingewiesen, der die ungeheure Geldunterstützung aufgedeckt hat, die 1917 den russischen Bolschewisten von deutscher Seite zuteil wurde. Diese Feststellung ist Lubendorff begreiflicherweise sehr unangenehm, in einem Artikel des „Militärwochenblattes“ sucht er die damalige Haltung der D. S. L. zu rechtfertigen.

Seine Rechtfertigung, die wir bereits kurz angedeutet haben, basiert auf derselben historischen Schiebung, wie alle seine Rechtfertigungsversuche. Während jedermann weiß, daß die Oberste Heeresleitung fortgesetzt ihren Willen aufzuzwingen versuchte und meist auch aufwagte, rebet sich Lubendorff auf die formale Verantwortlichkeit der Zivilregierung heraus. Der Reichskanzler habe den Durchtransport der Bolschewisten durch Deutschland veranlaßt. Die D. S. L. habe ihm lediglich „nichts in den Weg gelegt“, der stellvertretende Generalstab, der Lenin und Genossen Pässe ausstellte, sei „hierbei lediglich Handlanger der Regierung“ gewesen. So beschneiden auf einmal! Der Rundige kann über diese Rollenverschiebung nur lächeln. Vielleicht behauptet Lubendorff nächstens auch, er sei bei dem überstürzten Waffenstillstandsangebot vom Oktober 1918 nur Handlanger gewesen, er habe lediglich dem Prinzen Max nichts in den Weg gelegt, als er in dringenden Telegrammen — eins immer dringender als das andere — Abschluß des Waffenstillstandes in 24 Stunden forderte, weil er sonst für nichts garantieren könne!

Lubendorff beruft sich auf das Zeugnis eines alldeutschen und eines kommunistischen Schriftstellers, daß der Anstoß zu dem Plan des Bolschewistenimports von einem Sozialdemokraten, Dr. Helphand-Parvus, ausgegangen sei. Das ist bis heute nicht erwiesen. Welche Schriftsteller gehen auch für ihre Behauptung, die sie vom Hörensagen haben, keinerlei Beweismaterial an. Es ist kennzeichnend für den Historiker Lubendorff, daß jede Behauptung, sobald sie ihm in den Kram paßt, für ihn sofort unantastbare Wahrheit wird, wenn sie auch noch so unbewiesen daheißt. Aber selbst wenn es zutreffen sollte, daß Dr. Helphand solchen Rat erteilt hat, — seit wann ist der Ratsschlag einer unverantwortlichen

Privatperson, die sicher in diesem Falle als Privatperson behandelt hätte, ein Entlastungsgrund für verantwortliche Regierungsstellen?

Schließlich beschönigt sich Lubendorff noch seine politische Naivität: Die D. S. L. kannte Lenin bis zu jener Stunde nicht, kaum dem Namen nach. Wir halten Lubendorff nicht für so dumm, wie er sich hier stellt. War er es aber wirklich, so ist das ein Zeichen mehr dafür, mit welchen geistigen Kräften damals die entscheidende Politik Deutschlands gemacht wurde!

Schließlich ist Lubendorff aber im voraus widerlegt durch das Zeugnis eines seiner Getreuen, des Oberstleutnants Nicolai, seines Pressechefs. In den vom „Vorwärts“ jüngst veröffentlichten Geheimpapieren über den vaterländischen Unterricht hat sich Nicolai im Kreise der hohen Offiziere gerühmt, daß der Zusammenbruch der russischen Front Ende 1917 ein Werk der deutschen Propaganda gewesen sei. Es steht also fest, daß Lubendorff ganz systematisch die russische Front im bolschewistischen Sinne hat bearbeitet lassen.

Er mag sich heute wenden wie er will: Die Tatsache bleibt bestehen, daß Lubendorff und die D. S. L. die mächtigsten Förderer des Bolschewismus gewesen sind und an seinem Siege über die russische Revolution ein erhebliches „Verdienst“ haben.

An Tirpich und Stinnes.

Der „Vorwärts“ brachte zur verunglückten Schiffsaule in Stensburg folgende schöne Rede, die er den von den Deutschnationalen so gelobhudelten vaterländischen Arbeiter in den Mund legt:

Hochverehrter Herr Großadmiral!
Hochverehrter Herr Großkapitän!

Mit Freude sehen wir heute zwei echte Repräsentanten des guten alten Preußen bei uns: Den Kriegsheke und den Kriegsgewinnler. Sie, Herr Großadmiral, haben wie kein zweiter den Krieg gegen England geschürt. In Wohlgefallen des Vaterlandes haben Sie dann verstanden, sich während der vier Kriegsjahre irgendwie persönlich in Gefahr zu begeben. Aber was tut's? Verbanten mir doch Ihrem herrlichen Wirken zwei Millionen tote, anderthalb Millionen Kriegswitwen, ebensovielen Kriegswaisen, drei Millionen Kriegsgeldbesitzer, nebst allem sonstigen Elend. Sie sind einer der Hauptschuldigen des U-Boot-Krieges, für den wir jetzt so bitter büßen müssen, und was besonders anerkennenswert ist: Sie haben ihn gefördert, obwohl Sie in der Eile vergessen hatten, U-Boote zu bauen.

Und nun zu Ihnen, Herr Stinnes! Mit ungeheurem Geschick haben Sie verstanden, aus der Not des Volkes Nieten zu schneiden. Dafür sind wir deutschnationalen Arbeiter Ihnen ewig dankbar. Während in den Schützengräben Tag für Tag 3000 Deutsche starben, haben Sie in Belgien Finanzprojekte zur Verschönerung der belgischen Industrie ausgedacht, die Ihnen netto hundert Millionen eingebracht hätten, wenn wir Belgien behalten hätten. Aber trotz des Kriegsverlustes waren Ihre Kriegsgewinne noch immer ungeheuer, denn es war ja so leicht, die Preise unter dem Hindenburgprogramm ins Unerdenkliche zu steigern. Unermehlich, Herr Stinnes, haben Sie am Staat verdient, und deswegen sind Sie völlig im Recht, wenn Sie jetzt die persönliche Unterzeichnung einer Steuererklärung verweigern und von Ihrem vielfachen Milliongengewinn bisher in Steuern — 172 000 Mark abgeliefert haben. Empfangen Sie unsern nie endenden Dank dafür, daß Sie so schön dick und fett geworden sind, während wir zu Skeletten abmagerten.

Tirpich und Stinnes, die edlen Vertreter des guten alten Preußen, hipp, hipp hurra, horrido heilol!

Die Antwort von Tirpich und Stinnes ist uns bis zur Stunde noch nicht bekannt geworden!

Schmuck ist auf diesen köstlichen Witz richtig hereingefallen. Der volksparteiliche „Hamburger Korresp.“ und die Telegraphen-Union „dementieren“ die Rede und Schmuck knüpft daran die Bemerkung, die Aktion der Stensburger Arbeiterschaft sei von Berlin her geleitet. Erfindungsreich ist die bürgerliche Presse, das muß ihr der Reid lassen!

Der Aulod-Schreden in Breslau.

Stehlen und Plündern an der Tagesordnung.

Der Zuhörer, der täglich die Verhandlungen gegen die Kapp-Helden vom Aulod-Korps über sich ergehen lassen muß, gewinnt immer mehr den Eindruck, als ob sich bei dem Freikorps Aulod der Abbruch der iberlsten Soldateska zusammengefunden hätte. Drei Angeklagte sitzen nur auf der Anklagebank, auf der nach dem Verhandlungsbild fast die ganze Truppe sitzen müßte. So bekundet ein als Zeuge vernommener ehemaliger Aulod-Soldat, der sich selbst der Gefangenenermittlung beziehtigt, daß nicht nur einzelne Offiziere, sondern der Führer, Oberleutnant von Aulod selbst gesagt habe: „Schlagt die Gefangenen, soviel ihr wollt; schlagt sie meinetwegen tot, nur darf ich nichts davon wissen.“ Auch wirft dieser Zeuge den Offizieren dieser Kapp-Truppen, besonders einem Leutnant Jordan, Räuberzügen und Plünderungen vor und behauptet, daß Stehlen und Plündern beim Freikorps Aulod an der Tagesordnung waren. Ueber diese Aussagen erbittert, werfen die Angeklagten diesem Befestigungszeugen Leichenraub und Diebstahl vor, und sicher hätte der Zeuge seinerseits mehr Schandtatens ans Licht gebracht, wenn es einer der Verteidiger nicht verstanden hätte, die Verhandlung wieder auf ein weniger gefährliches Gebiet zu lenken. Bezeichnend für die Verbindungen, die die in Untersuchung sitzenden Angeklagten mit den sich seinerzeit in Breslau aufhaltenden ehemaligen Aulod-Soldaten unterhalten, ist die Tatsache, daß dieser die Angeklagten so schwer belastende Zeuge bereits bei seiner Ankunft auf dem Breslauer Bahnhof von einem anderen ehemaligen Aulod-Soldaten mit dem Tode bedroht wurde falls er die Angeklagten noch mehr als in der Voruntersuchung belasten würde. Als dieser ehemalige Aulod-Soldat, der sich wie mehrere andere seiner früheren Kameraden im Gerichtsgebäude aufhielt, in den Verhandlungssaal hineingebracht und als Zeuge vernommen wurde, gab er auch tatsächlich zu, Drohungen gegen den Befestigungszeugen ausgesprochen zu haben. Auch für den Aufklärungsunterricht der Gefangenen war geforgt. Ihn hielt mitten in der Nacht ein total feindlicher Offizier, der in Hauszügen in den Gefangenenumraum torkelte und den festgenommenen eine Rede hielt mit dem Hauptinhalt, daß die Juden an allem Unglück schuld seien und man daher am nächsten Tage alle Juden Breslaus tötschießen werde. Was die Verhandlungen anbetrifft, so berichten die Zeugen unter Eid immer neue Arten Schandtatens. Dabei handelte es sich nicht um politische Gegner, sondern jeder Zivilist, der diesen Kollingen in die Hände fiel, wurde von ihnen als Feind behandelt, der Arbeiter genau so wie ein 65jähriger Kaufmann und ein durch seine Menjurnarben als Abkamerier gekennzeichnete Student der Medizin. Die Angeklagten versuchen, im Laufe der Verhandlungen neue Gegenbeweise zu erbringen, von denen sie in der Voruntersuchung nichts erwähnt hatten. Es erweist den Anschein, als ob dieses Miß nachträglich von Aulod-Soldaten konstruiert und von diesen den Angeklagten mitgeteilt worden ist. Ein ehemaliger Aulod-Offizier versucht, die Angeklagten so viel wie möglich zu entlasten, allerdings in so vorfichtiger Weise, daß diese Aussagen nicht gerade überzeugend wirken. Er sucht alle Schuld auf die Presse zu schieben, die in zu scharfer Weise gegen das Freikorps Stellung genommen hätte. Die in dieser Verhandlung berührten Vorgänge des Freikorps beweisen nur, daß die Presse im Recht gewesen ist, wenn sie auf die Gemeingefährlichkeit des Freikorps vom Aulod schon damals hingewiesen hat. Die „Breslauer Volkswacht“ stellt fest, daß sämtliche Artikel, die die „Volkswacht“ vor den Rapp-Tagen über die Aulod-Soldaten brachte, von Mitgliedern der Truppe selbst entwerder geschrieben oder veranlaßt worden waren, um Mißstände in der Truppe zu beseitigen. Im übrigen ergibt sich, daß fast alle ehemaligen Aulod-Soldaten, Offiziere wie Gemeine, bestrebt sind, die Angeklagten zu entlasten. Das erwähnte auch der Kriminalwachtmeister, der mit den ersten Nachforschungen betraut war. Als er die Angeklagten verhörte, war der Gerichtsoffizier des Freikorps anwesend, der sofort eingriff, wenn der Angeklagte Walter irgendwie unsicher wurde oder nicht weiter wußte. Ein Kriegsgewinnler, der die Gefangenen verhört hat, muß zugeben, daß sie j ä m m e r l i c h v e r p r ü g e l t gewesen seien und daß er sie alle entlassen müßte, da sie sämtlich un-schuldig gewesen seien. Bedauernswert ist es nur, daß die

Franzi und Heini.

Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Kompert.

28. Fortsetzung.

Das mochte der Knabe wie einen bitteren Vorwurf empfinden; er rief tiefgetränkt: „Ich auch nicht, Franzl? Ich?“

Welter vermochte er nicht zu sprechen. Er wandte sich von ihr ab. Vielleicht ertrug er ihren Anblick nicht.

„Du könntest schon helfen.“ sagte das Mädchen mit dem Aufgebote aller seiner Kräfte, „wenn du nur wolltest! ... Aber du willst nicht.“

Sie lehnte ihr mildes Köpfchen an den Stamm des Thorns, die Augen geschlossen, hinter welchen heiße Tränen hervorquollen. „Wie soll ich das anfangen, Franzl?“ fragte er, der von ihr abgewandt war, mit unsicherer Stimme.

„Du mußt es erraten, Heini!“ sagte Franzl.

Er wandte sich ihr langsam wieder zu und lachte. Aber dieses Lachen war kein gutes, offenesherziges, es klang erzwungen und unwahr. Es sollte sie beruhigen, das liebe närrische Mädchen, das er so lange mit seinem Willen beherrscht hatte!

„Siehst du, Heini.“ sagte das Mädchen, indem es seinen Kopf nach tiefer bog, mit erlöschender Stimme. „Mir ist nicht zu helfen. Denn wenn einer es kann, so bist du es. Und du kannst nicht ... oder du willst nicht!“

Als sie das in diesem anlagend traurigen Tone, wie er ihn noch niemals vernommen, seitdem er sie seine Kameradin nannte, sprach, ging ein Zucken über sein Antlitz ... er wollte sprechen und vermochte es nicht, nur seine Lippen bewegten sich. Dann warf er sich ungestüm in das hohe Gras und blieb da sprachlos liegen ...

Oben im grünen Dache des Thorns schien die Finkenmutter trotz brennender Mittagssonne gewahrt worden zu sein, daß ihre vier Jungen dringend eines zweiten Ambisses bedürften, nachdem der erste schon längst zu den abgetanen Träumen der ewig hungrigen Brut gehören mochte. Sie flog mit einigem Geräusche aus dem Neste und flatterte eine Weile um den Baum, bis sie sich in den Auen verlor. Nach einiger Zeit kam der Vogel mit der nötigen Nahrung im Schnabel zurück. Franzl schaute trotz des Sammers, der ihre Seele erfüllte, in die Höhe; sie folgte dem Fütterungsakte mit der Neugierde eines Kindes.

„Und jetzt sind sie alle zufriedengestellt! Wer hat sie das gelehrt?“

Heini aber sprach kein Wort.

Wieder nach längerer Zeit richtete sich Heini auf. In den Auen ringsum war es noch immer still; die Luft unbewegt, die Sonne nur um einen „Gedanken“ weiter vorgeschritten. Den beiden Kindern mochte es aber sein, als wären sie in dieser am Zeiger der Uhr kaum wahrnehmbaren Zeit um vieles älter geworden. Aber sie wußten es nicht.

„Franzi, Franzl!“ rief der Knabe halblaut, „hörst du mich?“

„Ja, Heini!“

„Denkst du noch, wie wir an der Gartenpflanze in unserem Hause gestanden sind, es war dort ein breiter Spalt, und nach dem heiligen Florian hinübergeschaut haben?“

„Ja, Heini! Er hat einen schönen blauen Mantel angehabt.“

Es war in dem Gemüt des Mädchens eine Saite erklingen, die selbst nicht zum Schweigen gebracht werden konnte. Und so fuhr sie fort:

„Du hast immer gesagt, der heilige Florian ist ein Gott; und ich dagegen habe gemeint, er ist ein Heiliger, wie der Johann von Nepomuk, der beim Hofstallgebäude steht, nur hat er etwas anderes zu befragen. Denn von den Heiligen hat jeder seine besondere Sorge. ... Aber du bist höflich geworden und hast in einem fort geschrien: „Der heilige Florian ist ein Gott! Der heilige Florian ist ein Gott!“ Ich hab' dir recht gegeben ... weil ich dich nicht erzürnen gewollt ...“

„Und heuer war in demselben Hause Feuer, wo der heilige Florian darauf gemalt ist, und die Flammen haben bis an seinen blauen Mantel gereicht, der ist davon ganz schwarz geworden.“ sagte Heini lechtmag.

„Man kann ihn eben nicht fragen, warum er das mit sich geschehen ließ.“ sagte Franzl.

Diesmal lachte der Knabe: „Du glaubst noch immer, die Heiligen können helfen.“

„Warum? Weil wir beide keinen Vater haben.“

„Ich habe noch einen, sagt meine Mutter, aber wir wissen nicht, wo er ist, und kein Mensch weiß es! Die Mutter ist deshalb zum Magistrat gegangen, damit, wenn sie Geld austellen, sie mich als Waisenkind nicht vergessen. Sie sagen aber dort: Das Kind ist gar kein Waisenkind! Es hat ja noch einen Vater.“

„Und das ist auch wahr, Franzl! Du bist kein Waisenkind und darum — und darum —“

Sie überhörte jedoch die Worte des Knaben. Noch immer tönte und klang die Saite aus den ersten Tagen ihrer Kindheit mit herüber in all die Beängstigung ihrer Seele! Es mochte ihr wohl tun, immer wieder zu diesen Erinnerungen den Weg zurück zu finden.

„Besonders die drei Schlüsselöcher an der Kasse haben mich immer erschreckt ... immer! Eines davon stand stets offen, als wollte es auf uns acht geben ... Du hast gesagt, das sind die Augen des eisernen Riesen, und ich habe es geglaubt ... Ich habe dir immer geglaubt, Heini ... Und du willst dem Riesen einmal die Augen ausreißen, wenn du größer geworden bist, und deshalb habe ich mich noch mehr gefürchtet ... Hast du das nicht gesagt, Heini?“

Heini antwortete nicht logleisch.

„Hast du das nicht gesagt, Heini?“ rief das Mädchen übermäßig laut.

Dann stimmte sie wieder, in sich zusammenkauern, ihre Stimme herab, daß es wie leises flüstern klang: „Ich kann mich sehr gut erinnern, du hast es gesagt.“

„Ich weiß es nicht ...“ meinte er und fluchte.

„Du hast es gesagt, Heini!“ und wie zur Bekräftigung ihrer Behauptung hob sie die rechte Hand auf: „bestimmt hast du es gesagt. Warum willst du dich nicht erinnern? Jetzt bist du groß geworden ... hast du dem Riesen die Augen ausgerissen, Heini?“

„Ja!“ sagte der Knabe, aber weiter sprach er kein Wort.

„Siehst du, Heini, siehst du, wie gut du dich erinnerst?“ sagte Franzl, und über ihr schmales Gesicht breitete sich etwas wie ein Leuchten und Glänzen aus.

(Fortsetzung folgt.)

Verhandlung nicht vor den Wahlen stattgefunden hat. Derartige Verfechter der deutschen nationalen Politik wie die Angehörigen und Scheinbar fast alle Anführer hätten vielen Mitläufern dieser Partei die Augen geöffnet.

Seit einer Woche richtet die Presse Anfrage auf Anfrage an Herrn am Zehnhoft, woher es kommt, daß in diesem Prozeß die Hauptschuldigen nicht auf der Anklagebank sitzen, nämlich die Offiziere, die zu den Mißhandlungen und Bestrafungen aufgezwungen wurden. Durch mehrere Zeugnisaussagen ist die Schuld der Offiziere einwandfrei erwiesen und mehrere der Schuldigen sind namentlich festgestellt. Die Entschuldigung, daß diese Dinge erst durch das Hauptverfahren zutage getreten seien, verhängt auf keinen Fall. Dem Prozeß ist ein fast einjähriges Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren vorangegangen. Wenn dieses auch nur mit der allerbestmöglichen Sorgfalt geführt worden ist, so konnte der Staatsanwaltschaft, konnte den Untersuchungsrichtern dieser wichtige Punkt nicht verborgen bleiben. Trotzdem stehen wir vor der Tatsache, daß gegen keinen der schwerbelasteten Offiziere Anklage erhoben wurde. Wir haben es hier also mit einem völligen Versagen der Anklagebehörde zu tun, das zu tiefem Nachdenken Anlaß gibt.

Rasseler Kommunistenprozeß.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung bittet Rechtsanwalt Wolff nochmals in die Beweisaufnahme zu treten. Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die die Staatsanwaltschaft dem Aufrechterhalten der Rapp-Bank, sei es nötig, nachzuweisen, daß er Spiegel sei Abgeordneter, Schönherz, Parteisekretär der R. K. P. D. in Essen, sagt unter Eid aus, Aufrechter war im Kriege oft in Holland, besonders aber in Scheveningen, wo sich damals eine deutsche Spitzelzentrale befand, und in der letzten Zeit war er oft in jenem Minister, in dem die Orgel-Spitzelzentrale ist. Es wird vielleicht gut sein, darüber nachzuforschen.

Rechtsanwalt Sefel beginnt mit seinem Plädoyer. Der Staatsanwalt habe über die Angeklagten 19 Minuten gesprochen, die übrige lange Zeit über die nicht existierende rote Armee und über die R. K. P. D. Der Staatsanwalt hat den Mut gefunden, die R. K. P. D. als ehrlos zu brandmarken. Wir sind das allerdings gewohnt, denn es hat jederzeit ein Mann die ganze Sozialdemokratie als minderwertig bezeichnet. Diese Auffassung ist ihm sehr schlecht bekommen; er kann jetzt im Ausland darüber nachdenken. Vorstehender: Wer ist das? Dr. Sefel: Der frühere deutsche Kaiser. Der Verteidiger beschäftigt sich dann eingehend mit dem Aufrechter und erklärt, wenn die Angeklagten aus Furcht vor einem neuen Rapp-Bank eine Nachrichenorganisation zu schaffen versuchten, haben sie sich um das Vaterland, um ihre Klasse, um die Menschheit verdient gemacht. Die Angeklagten müssen freigesprochen werden. Der Staatsanwalt erwidert: Ich muß solche Klüftungen, die auf einen Sturz der Regierung hinarbeiten, heute noch als ehrlos bezeichnen, und wenn die R. K. P. D. erklärt, hinter den Angeklagten zu stehen, so muß ich auch sie als ehrlos brandmarken. Von einem allgemeinen deutschen Standpunkt gedacht ist das ehrlos. Und wenn der Herr Verteidiger den Rapp-Bank zum Vergleich heranzieht, wie will er beweisen, daß dahinter die Rechtsparteien gestanden haben? (??) Wenn es, was Gott verhüten wolle, wieder zu einem Unternehmen von rechts kommen sollte, dann würde ich mit derselben Schärfe gegen diese Leute vorgehen (?), denn es wäre ein Verbrechen, die friedliche und erfolgreiche Aufbaubarbeit der Rechtsparteien zunichte zu machen. Die Angeklagten sind nicht deutsch, sie gehören einer Sektion der Dritten Internationale an; sie sind international, und wir sind deutsche Richter und haben danach zu befinden. Wenn ich im Interesse des Staats für Schöner Zucht haus verlange, so trete ich damit der Verlin Schöner nicht nahe. Ich muß als Staatserhaltendes Element meine Pflicht tun und den Staat zu schützen suchen.

Verteidiger Sefel: Der Staatsanwalt scheint vergessen zu haben, daß in der Verordnung nichts von Todesstrafe steht, sondern daß sie als Höchstmaß nur fünf Jahre für die frohen Klüftungen vorsteht. Ich verlange Freispruch und im Falle der Verurteilung Haftentlassung. Staatsanwalt: Die Haftentlassung ist nicht möglich, denn es liegt Fluchtverdacht vor.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß der Kasseler Kommunistenprozeß vom Vertreter der Anklage unter rein politischen Gesichtspunkten beurteilt wurde, so wäre er durch die letzten Ausführungen des Staatsanwalts erbracht. Nicht „allgemein deutsche“, sondern parteipolitisch deutsche nationale Gedankengänge liegen diesem Plädoyer zugrunde.

In dem Kasseler Kommunistenprozeß wurde Sonnabend das Urteil gefällt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Bergmann Kleinmüller zu 9 Monaten Gefängnis, den Volksschullehrer Zeißler und den Bergarbeiter Schröder zu je vier Monaten Gefängnis, die beiden Bergarbeiter Rabich und Harbich zu je 2 Monaten Gefängnis, während die Bergarbeiter Küster und Lohse freigesprochen wurden. Das Gericht war der Ansicht, daß die Angeklagten zum Schutze gegen Rechtspartisten sich in einer Art Abwehr befanden haben und aus idealen Gründen gehandelt hätten. Deshalb wurde von dem Strafmaß des Staatsanwalts, das auf Zuchthaus lautete, abgesehen und den Angeklagten ihr Verhalten nicht als ehrlos gewertet. Während der Urteilsverkündung hatten Kommunisten mit roten Fahnen vor dem Gerichtsgebäude Aufstellung genommen. Die Massen gingen, ohne daß die aufgeregtere Sicherheitspolizei einzuschreiten brauchte, in geordneten Zügen wieder auseinander.

Agrarische Volksverhöhnung.

Tag für Tag plärren die Agrarier über die Notlage der Landwirtschaft, mit dem Erfolg, daß die Regierung immer noch neuem darauf hineinfällt und den Landwirten in Form erhöhter „Richtpreise“ neue Wucherpreise in den gierigen Taschen „Güttel“. Nur wenn die Herren ganz unter sich sind, vergessen sie ihre Klagen: da erzählt man gelegentlich einmal, wie es sich in Wirklichkeit mit der „Not der Landwirtschaft“ verhält. In D R z i g in Sachen hatte der landwirtschaftliche Verein kürzlich sein 50. Stiftungsfest, wobei auf die Melodie: Der Papst lebt herrlich in der Welt folgendes Lied gesungen wurde:

Wer lebt gar herrlich auf der Welt?
Wer hat den größten Sack den Geld?
Wer trägt von Lebenslust und Kraft?
Es ist der Mann der Landwirtschaft.

Der ist ein Herr in seinem Reich,
Darin kommt ihm kein König gleich,
Sieht fest und sicher auf dem Fuß,
Trug R. P. D. und Spartakus.

Es ist des Hamsters Ideal,
Sein Schuppen wie auch seine Qual,
Selbst wer ihn ehemals nicht gekannt,
Ist heute von ihm zu ihm entbrannt.

Der Doktor und der Herr Pastor,
Die sprechen jetzt gar gerne vor
Zum Heil des Leibes und der Seel,
Zum Teil auch wegen Weizenmehl.

Und drohen auch Gesetz und Staat,
Der Landmann weiß sich immer Rat,
Man ist doch heut nicht mehr so dumm,
Geht's vorne nicht, geht's hinten rum.

Und weshalb sollt vom schwarzen Schwein
Der Schinken grade schädlich sein?
Auch war der Spruch ihm stets bekannt:
Das Geld allein regiert das Land.

So eint der Landwirt mit Gehild
Das eigne mit dem fremden Glück.
Schafft, daß sich runder Arm und Leib,
Und Stoff und Geist zusammenbleibt.

Nur eines hat er noch nicht weg,
Der Wohlgeschmack an fremdem Sped.
Auch Marmelade — Rübenmus
Zählt er noch nicht zum Hochgenuß.

So paßt als Mann er in die Welt,
Der's Leben nimmt, wie's Reht und fällt,
Mit Gleichmut und mit klugem Sinn
Sieht er auf's Welttheater hin.

Doch eins vergißt er nimmermehr,
Des Vaterlandes Glück und Ehr —
Steht immer zu ihm fest und stark
In deutscher Treu bis an das Mark.

Drum Heil der deutschen Landwirtschaft,
Gott schütz den Feils, die deutsche Kraft,
Daß sie aufs neue stark durchdring
Des deutschen Vares matte Schwing'.

Tausende hungern und verhungern höchstblich. Tausende haben nicht das Notdürftigste, ihre Blüten zu decken. Die agrarischen Wucherer und Schieber aber prassen und schlennen und verhöhnen im Soff das hungernde Volk und den Staat, den sie um die Steuern betrügen und auf dessen Gesetze und Verordnungen sie preifen. Es wird die höchste Zeit, daß dieser Augiasstall einmal gründlich ausgemistet wird.

Freistaat Lübeck.

Montag, 7. März.

Richterernennung.

In der letzten Verammlung der Bürgererschaft verlas der ständige Senatskommissar, Senator Kulenkamp, ein Senatsdekret, das eine Antwort des Senats darstellt, auf ein von Genossen Droger in einer früheren Bürgerchaftssitzung gestelltes Ersuchen, das dem Senat vom Bürgerausschuß in dessen Verammlung am 22. September vorigen Jahres entgegengestellt wurde. Das Ersuchen der Bürgerchaft ging dahin, baldigt mit ihr zur Abänderung des Par. 4 des Lübeckischen Ausführungsgesetzes vom 3. Februar 1879 zum Gerichtsverfassungsgesetz in Verhandlung zu treten mit dem Ziele, daß, soweit nicht vertragsmäßig bezüglich der Mittelglieder des Oberlandesgerichts und des Landgerichts etwas anderes bestimmt ist oder bestimmt werden wird, die rechtsgelehrten Richter nicht vom Senat allein, sondern unter Mitwirkung richterlicher und bürgerlicher Elemente ernannt werden. Der Senat bemerkt nach Prüfung zu diesem Ersuchen das Folgende: Für das Ersuchen, das der näheren Begründung ermangelnd, ist offenbar das bremische Staatsrecht anzuwenden, da überall sonst in Deutschland die rechtsgelehrten Richter ebenso wie die höheren Beamten von der Landesregierung ernannt werden. Das betreffende Senatsdekret behandelt jedoch die bremische Richterernennung und ihre geschichtliche Entwicklung des Ämter und stellt fest, daß die neue bremische Verfassung vom 18. Mai 1920 in ihrem Par. 69 bestimmt, daß die rechtsgelehrten Mitglieder der Gerichte, die im bremischen Staatsgebiete ihren Sitz haben, von einem Ausschusse gewählt werden, der nach näheren Bestimmungen des Gesetzes aus Mitgliedern der Bürgerchaft, des Senates und der Gerichte gebildet wird. Diese Einrichtung ist aber in Bremen von alterer Rechts. In Lübeck ist die Entwicklung ganz anders verlaufen. Die in der Verfassung von 1848 in Aussicht genommene Trennung der Justiz von der Verwaltung wurde erst durch den Rat- und Bürgerausschuß vom 28. Juli 1851, die vorübergehenden Einrichtungen im höchsten Gerichtsverhältnisse betreffend, eingeleitet. Demselben traten die dem Stadt- und Landgerichte vorstehenden Senatsmitglieder von den richterlichen Funktionen zurück, und letztere wurden drei Richtern überwiegen, die vom Senate auf Lebenszeit ernannt waren. Als Obergericht blieb der Senat noch bis 1864, bis nämlich das Gesetz über die Gerichtsverfassung der freien und Hansestadt Lübeck vom 17. Dezember 1860 in Kraft trat, das erst die völlige Trennung der Justiz von der Verwaltung durchführte. Im Par. 10 Abs. 2 dieses Gesetzes ist bestimmt: „Für das Untergericht werden ein rechtsgelehrter Direktor und drei rechtsgelehrte Richter, für das Obergericht ein rechtsgelehrter Direktor und drei ständige rechtsgelehrte Richter vom Senate ernannt und beehet.“ Hieran unmittelbar schließt sich die Einführung der Reichsjustizgesetze 1879 und die Lübeckische Ausführungsgesetzgebung vom 3. Februar 1879 zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze nach deren Par. 4 die Richter, einschließlich die Handelsrichter, soweit nicht vertragsmäßig bezüglich der Mittelglieder des Oberlandesgerichts und des Landgerichts etwas anderes bestimmt ist, vom Senate ernannt werden. Auch die Staatsverträge mit Oldenburg über das gemeinschaftliche Landgericht Lübeck und mit Hamburg und Bremen über das hankentische Oberlandesgericht sehen bezüglich der durch Lübeck allein oder in Verbindung mit Hamburg und Bremen gemeinschaftlich zu wählenden Richter die Wahl allein durch den Senat vor, was auch bezüglich der Mittelglieder des Oberappellationsgerichts geordnet ist. Diese Lübeckische Entwicklung zeigt zwecks Nachahmung des bremischen Verfahrens, das, wie bemerkt, auf besonderer geschichtlicher Entwicklung beruht, willkürlich abbrechen, dazu liegt noch die Ansicht des Senates schon an sich keine Veranlassung vor. Zwei Gründe aber sprechen noch besonders gegen die angebotene Aenderung. Einmal ist es keineswegs in allen deutschen Ländern denkbar, vielmehr nur in einem Staate wie Lübeck überhaupt ausführbar. Es würde sich also dauernd um eine Ausnahmebehandlung der Lübeckischen Richter gegenüber der großen Mehrzahl aller deutschen Richter handeln, die zumal im Hinblick auf die anders gerichtete Entwicklung willkürlich und ungerechtfertigt wäre. Schwerer wiegt der zweite Grund. Wenn gerade der Lübeckische Richter und sonst keine andere Beamtengruppe unter Mitwirkung der Bürgerchaft gewählt werden würde, so könnte der Vorwurf erweckt werden, als hätten bei einer solchen Befristung der Wahl auch politische Gesichtspunkte mit. Dieser Vorwurf muß aber durchaus vermieden werden; denn es ist selbstverständlich, daß, wie der Richter unparteiisch und nur streng seines Amtes zu walten und zu entscheiden hat, so auch die Wahl und die Ernennung gerade des Richters nach streng sachlichen Gründen und ohne die geringste, weder unmittelbare noch mittelbare Einwirkung auf ihn und seine künftige Amtsausübung vor sich gehen muß. Sondernfalls wäre die richterliche

Unabhängigkeit, die sittliche Grundlage aller Rechtspflege, untergraben. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Zusammenlegung des Senates auf der Grundlage der neuen Lübeckischen Landesverfassung die Gewähr bietet, daß bei der Ernennung und insbesondere auch bei der Richterernennung durch den Senat allein die zulässigen Erwägungen schon zu Raum kommen werden. Hiernach vermag der Senat bei Ersuchen der Bürgerchaft keine Folge zu geben. Was die Mitwirkung richterlicher Elemente bei der Richterwahl betrifft, nehmen dazu die ständigen Richter einmütig die Stellung ein, daß sie grundsätzlich auf solche Mitwirkung keinen Wert legen, daß jedoch im Falle der Mitwirkung bürgerlicher Elemente auch eine richterliche Mitwirkung von solcher Wichtigkeit begehren werden. Besteres sollte ihnen auch bekanntlich zugestanden werden.

Erhöhung der Eisenbahnpreise.

Nach den Durchführungsbestimmungen ist der Einführung der neuen Fahrpreise endgültig auf den 1. Juni festgesetzt. Die neuen Fahrpreise betragen in der 1. Klasse 58,5, in der 2. Klasse 32,5, in der 3. Klasse 19,5, in der 4. Klasse 13 Wfa. für die Kilometer, Kilometerpreis für Hunde 10 Wfa. Die nach diesen Einheitspreisen errechneten Fahrpreise sollen nach oben abgerundet werden, und zwar bei Fahrpreisen bis zu 1 Mark auf volle 10 Wfa., über 1 Mark bis zu 10 Mark auf die rächster 50 Wfa., über 10 Mark auf ganze Mark. Daneben werden auch noch im Personenverkehr Mindestfahrpreise eingeführt für die 1. Wagenklasse auf 3 Mk., für die zweite auf 1,70 Mk., für die 3. Klasse auf 1 Mk., für die 4. Klasse auf 70 Wfa., für Hunde auf 1 Mk. festgesetzt worden sind. — Die Schnellzugsfahrpreise betragen: 1. Zone (bis zu 100 Kilometer) von 75 Kilometer, in der 1. und 2. Klasse 8 Mk. und in der 3. Klasse 4 Mk., 2. Zone (Entfernung von 75 bis 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 12 Mk., in der 3. Klasse 8 Mk., 3. Zone (Entfernung über 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 24 Mk., in der 3. Klasse 12 Mk. — In der kommenden Reisezeit soll die Blaukennung in D-Räumen wieder eingeführt werden. Die Preise der Blaukarten soll in der 1. Klasse 8 Mk., in der 2. Klasse 4 Mk. und in der 3. Klasse 3 Mk. betragen.

Postpaketverkehr.

In den Kreisen des Publikums besteht, wie das Mitteilungsblatt der Handelskammer Lübeck schreibt, vielfach Unklarheit darüber, welche Bestimmungen für die Versendung von Postpaketen unter Wertangaben gelten und wie die Postverwaltung für Wertpakete haftet. Nach der Postordnung müssen Pakete je nach ihrem Umfang und Inhalt sowie nach der Länge der Beförderungsstrecke haltbar und sichtbar verpackt werden. Für Sendungen bis zum Gewichte von 3 Kgr. genügt für die Beförderung der Inhalt nicht von bedeutendem Wert ist, eine Hülle von Packpapier mit fester Verschnürung. Schwerere Gegenstände müssen in mehrfache Umschlüge von gutem Packpapier gehüllt werden. Sendungen von bedeutendem Wert sind je nach ihrem Inhalt, Umfang und Gewicht in Pappe, Nachsteinwand oder Kisten zu verpacken. Der Verschluss ist bei allen Paketen so einzurichten, daß ohne Öffnung oder Beschädigung des Verschlusses dem Inhalt nicht beizukommen ist. Bei gewöhnlichen Paketen und bei Wertpaketen bis 500 Mk. kann der Verschluss durch eine gutgenote Verschnürung oder, wenn die Hülle aus Packpapier besteht, mit einem Klebstoff oder mit Siegelmarken hergestellt werden. Der Verschluss ist nicht nötig und nicht zweckmäßig. Der Wert ist bei diesen Wertpaketen nicht auf der Sendung, sondern nur auf der Pakettkarte anzugeben. Wertpakete von mehr als 500 Mark müssen verpackt werden, ferner ist der Wert sowohl auf der Pakettkarte als auch auf der Pakettkarte anzugeben. Für Sendungen die bares Geld enthalten, gelten bei höheren Wertangaben zur Sicherung des Inhalts besondere Verpackungsanordnungen. Die Packung der Post im innerdeutschen Verkehr ist weitgehend. Absehen von der Haftpflicht des Abenders und der natürlichen Beschaffenheit des Gutes ist die Postverwaltung nur dann von einer Haftung befreit, wenn der Schaden auf unabwehrbare Folgen eines Naturereignisses zurückzuführen ist. Aber auch dieser Grund für die Ausschließung der Haftpflicht erlischt noch eine Einschränkung, denn die Post kann sich auf das Naturereignis (Erdrutsch, Blitzschlag, Ueberschwemmung usw.) nur berufen, wenn die schädlichen Folgen des Naturereignisses, sofern die Pakete auf der Eisenbahn, dem gewöhnlich von der Post benutzten Beförderungswege, befördert worden sind, auch für die Eisenbahn unabwendbar waren. Die Post kann sich nicht darauf beschränken, nachzuweisen, daß sie für die Folgen des Naturereignisses unabwendbar waren. In allen übrigen Fällen des Verlustes oder der Beschädigung von Wertpaketen, also auch für Schäden, die durch höhere Gewalt entstehen, leistet die Post Ersatz.

Einigung im Friseurgewerbe. Nach nochmaliger Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer kam man zum Abschluss eines Tarifes. Es wurden Löhne für Gehilfen über 20 Jahre von 150 Mk., und unter 20 Jahre von 135 Mk. bewilligt. Zuschläge 3,50 Mk. die Stunde; Überstunden werden mit 20 % von 7 Uhr an von der Gehilfenentnahme vergütet. Arbeitszeit 57 Stunden die Woche. Das sind 3 Stunden weniger als im Sommer 1920. Urlaub wurde glatt abgelehnt. Tarifdauer bis 31. Mai 1921. Dieser Tarif wurde am 25. Februar der Friseur-Vereinigung zur Abstimmung vorgelegt und mit knapper Mehrheit angenommen. Die größten Gegner waren diejenigen, die keinen Gehilfen beschäftigen. Sind solche überhaupt stummrechtig? Die Gehilfenschaft wünschte bei der letzten Verhandlung eine 55 stündige Wochenarbeitszeit, dagegen sträubten sich die Arbeitgeber ganz besonders Henry Müller, Johannstraße, griff die Spitze des Verbandes an, die gewerkschaftlich heke, worauf Kollege Reimer ihm gleich die gehärende Antwort zuteil werden ließ. Wo allem scheint Kollege Koop vielen Arbeitgebern ein Dorn im Auge zu sein; wird er doch fälschlich als Spartakist hingestellt. Er vertrat aber nur die Gehilfenschaft, um für diese das Beste herauszuholen. — Genossen unterstützt die Gehilfen, wo Gehilfen arbeiten, und vermeidet diejenige, die ihr Personal künden, wegen des Tarifes! — Friseurgehilfen Lübecks! Hinein in den Verband der eure Interessen vertritt!

Verband der Friseurgehilfen, Zweigverein Lübeck.

w. Stadthalten-Schiffspiele. Den ersten Teil des Abends füllte ein „Schiffspiel“ hetzliche Kilm drama aus, das in Russland, noch in der Zeit der Nihilistenverfolgung unter dem Zarismus spielte. Daneben wird auch die Zentrale der russischen Revolutionäre in Genf mit in die Handlung gezogen. Ein verarmter Graf Alex Swomowitsch, der als Musiker und Tänzer zu berüchtigt wird, daß ihm alle Welt zu Füßen liegt, aber obwohl sich besonders die Damen um ihn reihen, hat er nur Sehnsucht nach einem, die er nie geküßt, die einst ihr Leben für ihn wagte und die in Sibirien zugrunde ging. Als er von ihrem Tode erfährt, mag auch er nicht mehr leben und gibt sich, nach der Erzählung seiner Geschichte selbst den Tod. Die Bilder sind geschickt gemacht. Prächtige Winterlandschaften wechseln mit eleganten Interieurs und da Regie und übrige Ausstattung glänzend waren, geht man den Unwahrscheinlichkeiten der Handlung nicht weiter nach. Die Film-Operette „Wenn die Liebe nicht wäre“ hat zu wenig Handlung. Die Bilder bieten auch nicht allzuviel Abwechslung. Der Gesang der Darsteller, unter denen sich Luise Wermelker, Paul Westermeyer und der Komiker Harry Bendemann befinden, wird sehr unvollkommen mituntergegeben. Aus diesem Grunde wollen wir die „Operette“ mit ungerer Kritik nicht weiter befassen.

Warnung vor Eintritt in die Fremdenlegation. In der letzten Zeit hat an amtliche Stellen von den verschiedensten Seiten Mitteilungen gelangt, monach junge Leute unter der Vorspiegelung, es solle ihnen im französischen Wiederaufbaubereich Lohnarbeit

Arbeit verschafft werden, in die Fremdenlegion verschleppt worden sind. Es kann nicht dringend genug gemacht werden, solchen Einflüsterungen Gehör zu schenken. In der Frage der unmittelbaren Beteiligung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete hat sich die französische Regierung bisher bekanntlich ablehnend verhalten. Es ist daher auch bis jetzt der Einrichtung amtlicher Arbeitsnachweise für diesen Wiederaufbau nicht näher getreten worden. Sollten deutsche Arbeiter wirklich schon jetzt in das Wiederaufbaugesbiet ausgewandert sein und dort Beschäftigung gefunden haben, so kann es sich nur um Einzelfälle handeln.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. März 1921 40 897 Mitglieder, darunter 1692 Mitglieder von Gefaschten, deren Rechte ruhen, gegen 86 984 im Jahre 1920. Auf Männer entfielen davon 24 690 (1920: 23 760) und Frauen 16 207 (1920: 13 184). Arbeitsunfähigkeit am letzten Februar: Männer 798 (1920: 645) und Frauen 788 (1920: 768). Ausweischein für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Februar: 2835 (1920: 2834) erteilt. Sterbepflicht wurde im Februar für Mitglieder in 81 Fällen. Für Angehörige in 87 Fällen gezahlt. Neberrücklagen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die schuldsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 41 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Krankenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche entgegengenommen.

Die Verzeichnisse der Postbediensteten bei den Postbediensteten im Deutschen Reich werden in nächster Zeit nach dem Stande vom 1. Januar 1921 erscheinen. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Kreise Auskunft erteilen. Postbediensteten erhalten die Druckwerke auf Wunsch von ihrem Postbediensteten unter Abmachung des Preises; auch können sie sich den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung bei ihrem Postbediensteten sichern.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Eine „feine“ Rauchtobakmarke. Unter der Bezeichnung „Feiner Hamburger Rauchtobak Ideal“ brachten die Gebrüder Lindemann, Inhaber der Firma Ha-Ta-Co, die sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Tabakfabrikaten befassen, die Marke „Ideal“ in den Verkehr. Viele Käufer dieses Rauchtobaks hatten nun aber keine Freude an dem Wohlgeruch, und reichlich den sogenannten Rauchtobak der Behörde ein. Die im Staatslaboratorium vorgenommene Untersuchung ergab, daß das Kraut aus 94 Prozent Kirschen- und Kuckblättern und ganzen 6 Prozent Tabak bestand, daß aber auch einige Päckchen überhaupt keinen Tabak enthielten. Wegen Verkaufs von Bedarfsartikeln unter irreführender Bezeichnung wurden Gebrüder Lindemann dann vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 28. Juni 1918 zu je 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer erhöhte die Strafe auf je 1500 Mark. Das Gericht beharrte, nicht auf eine höhere Strafe erkennen zu können.

Altona. 35 Prozent Mietezuschlag. Neber das Inkrafttreten der neuen Mietehöchstgrenze ist zwischen dem Haus- und Grundbesitzerverein und dem Zentralmieterrat eine Verständigung dahin erzielt worden, den Mietern und Vermietern zu empfehlen, den Mietezuschlag vom 1. April 1921 auf 35 Prozent der Friedensmiete zu erhöhen. Dieser Steigerungssatz ist von der Behörde neuerdings gestattet worden. Die Altonaer Hausbesitzer geben sich also mit einer Mietserhöhung von 35 Prozent zufrieden und haben sich auf dieser Grundlage mit den Mietern verständigt. Dagegen wollen die Lübecker Hausbesitzer mit der Erhöhung von 75 Prozent noch nicht auskommen können.

Gaukonferenz des Deutschen Landarbeitersverbandes der Provinz Schleswig-Holstein.

Kiel, 4. März. Am Sonntag, dem 27. Februar, tagte in Kiel im Gewerkschaftshaus eine Konferenz des Deutschen Landarbeitersverbandes, Gau 6, die von 41 Delegierten besucht war. Gauleiter Hansen erstattete Bericht über die Tätigkeit der Gauleitung, sowie über den Stand der Organisation in der Provinz. Daraus ging hervor, daß ein stichförmiges Stück Arbeit von der Gauleitung geleistet wurde. Eine genaue Angabe über die Mitgliederzahl konnte nicht gegeben werden, weil die Abrechnungen aus den verschiedensten Kreisen der Provinz leider nicht immer korrekt ausgefüllt waren, jedoch kann mit einer Mitgliederzahl von 36-40 000 mindestens gerechnet werden. Neuaufnahmen waren im Jahre 1920 11 079 zu verzeichnen. Erfreulicherweise kann auch festgestellt werden, daß eine Stabilität in der ganzen Provinz sich bemerkbar macht. An den Bericht schloß sich eine eingehende Aussprache. Vor allem wurde gewünscht, daß die Gauleiter des öfteren an den Ortsgruppenversammlungen teilnehmen möchten, was aber kaum möglich sein wird. Es muß dahin festgestellt werden, daß die Ortsgruppen mehr wie bisher zu den Bezirksversammlungen zusammenkommen und diese Bezirksversammlungen auch dann von allen Kollegen besucht werden. Auch die Betriebsaufträge und vor allem deren bessere Zusammenfassung wurde eingehend besprochen. — In seinem Schlußwort konnte der Gauleiter Hansen feststellen, daß fast von allen Delegierten die Tätigkeit der Gauleitung anerkannt worden sei. — Zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft sprach Johann Kollege Lohrke. Er wies auf die Notwendigkeit der Gründung von Arbeitsgemeinschaften hin, ging besonders auf das Zustandekommen der Reichsarbeitsgemeinschaft ein und machte der Konferenz klar, daß die logische Folgerung der Reichsarbeitsgemeinschaft die Provinzialarbeitsgemeinschaften sind. Die sich daran anschließende Aussprache ergab trotz verschiedener Momente, die gegen den Abschluß der Arbeitsgemeinschaften sprachen, Einmütigkeit darüber, mit dem Provinzialarbeitsgeberverband eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Mit 28 gegen 8 Stimmen wurde beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen. — Beim Punkt 3, „Unerlässliche Tariffrage“ sprach der Vertreter des Hauptverbandes einen allgemeinen Bericht über den Stand der Tarifbewegung im Reich und ging dann auf die Möglichkeiten in der Provinz ein. Die Aussprache ergab, daß man mit der von Hauptverband und Gauleitung eingeschlagenen Taktik einverstanden ist. — Gegen das Treiben der Kommunisten wurde nachstehende Entschließung angenommen: „Die Gau- und Kreisleitungen haben härter als bisher auf die Bildung kommunistischer Keimzellen Nachsicht zu geben und gegen solche etwaigen Gebilde sofort und ohne Rücksicht vorzugehen. Die Landarbeiterbewegung gestaltet eine solche Forderung, wie sie die Kommunisten ihrem Programm gemäß auszuführen haben, noch viel weniger, als die übrige Arbeiterbewegung. Es ist Bedacht darauf zu nehmen, daß gerade in der Landarbeiterbewegung die anbefohlene Keimzellenbildung nicht in der sonst äußerlich deutlich erkennbaren Form gefährlich ist. Im Deutschen Landarbeitersverband ist für diese Schädlinge der Arbeiterbewegung kein Raum und kein Platz. In der heutigen kapitalistischen Welt kann die Parole nur sein: Für die Arbeiterklasse durch die festgesetzten Organisationen!“ — Damit war die Tagesordnung erschöpft. Die Tagung hat bewiesen, daß die Landarbeiter ernsthaft bestrbt sind, das in früheren Jahren Vermiume durch tatkräftige Mitarbeit nachzuholen. Erfreulich ist zu beobachten, mit welcher Gründlichkeit die einzelnen Fragen von den Landarbeitern behandelt werden.

Ishoe. Zum Gewaltstreik der bürgerlichen Stadtverordneten, darüber wir bereits berichteten, sei noch bemerkt, daß der bisherige unbesoldete Stadtrat Genosse Schinkel mit über 700 Stimmen Mehrheit zum Zweiten Bürgermeister gewählt wurde. Den Bürgerlichen paßt aber diese Wahl nicht, und so haben die sämtlichen bürgerlichen Stadtverordneten mit einer einzigen Ausnahme, Frau Kemmer, niedergelagt.

Ebenfalls haben die drei bürgerlichen Stadträte demissioniert. Man steht jetzt in Ishoe vor der Tatsache, daß infolge des Austritts aller Bürgerlichen eine rein sozialistische Stadtverwaltung vorhanden ist. Die Bürgerlichen glauben nun wohl, daß infolge dieser Demonstration Genosse Schinkel auf keine ordnungsgemäß erfolgte Wahl verzichten würde. Da deren sie sich aber sehr. Das Stadtverordnetenkollegium ist auch nach Austritt der 14 bürgerlichen Stadtverordneten mit den verbleibenden 18 Sozialisten noch beschlußfähig. Für die ausgetretenen drei bürgerlichen Stadträte werden drei neue aus den Reihen unserer Parteiern gewählt. Das ist der Standpunkt unserer Parteiern. Unsere Partei hat gar keine Ursache, nach der Weisheit der Bürgerlichen zu tanzen oder gar die ordnungsgemäß Wahl eines bewährten Magistratsmitgliedes rückgängig zu machen. Das sind dieselben Leute, die sonst immer über Terror und Vergewaltigung schreien. In Ishoe haben sie sich gründlich in die Keule geschlagen.

Richtbau. Von menschlicher Brutalität und der Fähigkeit einer Hundnatur legt ein Vorfall Zeugnis ab, der sich hier ereignete. Der Arbeiter B. vermittelte dieser Tage seinen Hund. Alles Suchen nach dem zuverlässigen und ruhigen Tier war aber vergeblich. Nach 88 Stunden kam der Hund, mit Schuß und Erde bedeckt und mit Verletzungen, deren eine von einem Schuß herrührte, bei seinem Herrn wieder an. Wie sich ergab und vorher schon vermutet wurde, hatte der in der Nähe wohnende Rentner S. den Hund in seinem Garten angetroffen. ihn angeschossen, dann vermeintlich todspritzt und darauf unter Abfall nachsah. Der Hund ist aber nur betäubt gewesen und hat sich schließlich nach 88 Stunden wieder aus seinem Grabe befreit. Gegen S. ist Anzeige erstattet.

Schmerin. Wie „Hubertus“ arbeitet. Nach Schluß einer Wählerversammlung in Neuburg meldeten sich drei junge Leute, die der Arbeitsgemeinschaft Hubertus angehörten und auf einem Gute arbeiteten, bei unserem Referenten. Sie erzählten, wie sie von der Werbestelle in Berlin arg beschwindelt worden sind. Dort ist den 20-jährigen jungen Menschen versprochen worden, sie sollten in Mecklenburg Siedlungsland erhalten. Der Staat stelle solches frei zur Verfügung. Wenn die Siedler dies Land auf bewirtschaften würden, sollte erst nach 10 Jahren eine Verzinsung eintreten. Wie groß war die Enttäuschung, als sie von den Arbeitern als Feinde angesehen wurden. Unzufrieden über ihre Lage, erklärten sie, daß sie völlig irreführt seien und sich sehr unglücklich fühlten. — So steht die Schwesterorganisation der „Drage“ aus. Die diesjährigen Arbeitsgemeinschaften sind auf hellem Schwindel aufgebaut. Es wird Zeit, daß auch sie verboten werden!

Watte. Der „Imperator“ unter englischer Flagge. Unser Braler Parteimitglied schreibt: Unsere Schiffsahrtstretenden wird es gewiß sehr interessieren, was über die erste Fahrt des „Imperator“ unter englischer Führung berichtet wird. Von einem norwegischen Kaufmann aus Bergen, der die erste Fahrt des „Imperator“ von New York nach Southampton mitmachte, wird darüber folgendes mitgeteilt: „Vor der Ausfahrt des deutschen Riesenschiffes „Imperator“, ist von den Engländern übernommen, wurde von amerikanischer Seite die notwendige Kohle verweigert. Schließlich wurde der Brennstoff anderweitig beschafft und der „Imperator“ nach in See. Auf offenem Meere brachte sich plötzlich das Riesenschiff in bedrohlicher Weise um sich selbst; es gelang erst nach langer Zeit und mit vieler Mühe, den alten Kurs wiederzugewinnen. Während das Schiff unter deutscher Führung 22 Knoten lief, brachte es der englische Kapitän am ersten Tage auf 6 Knoten, am zweiten auf 5, am dritten auf 12, am vierten auf 16 und am fünften auf 4 Knoten. Dabei ist die Windstille herrschte, leute sich der „Imperator“ dann mitten auf hoher See ganz nach rechts, lag so stundenlang und trieb hilflos umher. Es herrschte auf dem stolzen Dampfer eine unbeschreibliche Panik. Das Steuer war gebrochen. Auf dem „Imperator“ wurde darauf folgende Bekanntmachung erlassen: Da Kollision und Kollision zum ersten Male auf diesem Schiffe vorkam, Verhältnis von Turbinen und Maschinen nicht kennen, so wird hierdurch jede Auskunft und Verantwortung über Voreingefallenes abgelehnt! Anstatt sechs Tage war der „Imperator“ vierzehn Tage unterwegs. Aus den Wasserleitungen kam Del statt Wasser, weil die Nöhre falsch verschraubt waren. Die englischen Zeitungen berichten hierzu nur folgendes: „Ein riesiger Sturm hat die Fahrt des „Imperator“ verzögert.“

Arbeiterbewegung.

Neue Arbeiterführer. Je weiter man in der Arbeiterbewegung nach links wandert, je mehr „revolutionäre“ und „reine“ Sozialisten findet man. Langt man bei der Arbeiter-Union an, dann erhält man die Erklärung, daß sich rechts von ihr das „Reinbürgerertum“ breit macht, das nicht in der Lage ist, Kämpfe für die Arbeiterklasse auszuführen. Die Unionisten fürchten nichts auf dieser Welt und verkünden tapferlich, daß sie die wertvollsten Kämpfer für die Sache des Proletariats sind, daß sie Gut und Blut, ja sogar das Leben einzusetzen bereit sind. Wie diese Helken den Kampf führen, zeigt ein Beispiel aus Neu im besetzten Gebiete. Dort ist auf Betreiben der Allgemeinen Arbeiter-Union bei der Firma Gnotz u. Köhler ein Streit ausgebrochen. Jetzt, da die Metallindustriellen in Neu für den 9. März eine Gesamtpersperrung androhen, bekommen es die Führer der Arbeiter-Union in Neu mit der Angst zu tun und geben folgende bezeichnende Erklärung ab:

In den letzten Wochen wurde soviel über die Allgemeine Arbeiter-Union geschrieben, besonders seit dem Streit bei der Firma Gnotz u. Köhler. Unterzeichnete erklären hiermit, daß wir mit den Machenschaften der Allgemeinen Arbeiter-Union nicht einverstanden sind und waren. Wir verurteilen alle solche Sachen, gleich, wonon sie gemacht werden. In Sachen der Unterstützung der Genossen haben wir in den letzten drei Wochen vier geharnischte Briefe nach Düsseldorf und Essen geschrieben, worin wir alle Verantwortung abgelehnt und unser Amt als 1. Vorsitzender und Kassierer niedergelegt haben. Nachdem wir überhaupt keine Antwort erhalten haben, sehen wir uns genötigt, in aller Öffentlichkeit zu erklären, daß wir mit der Allgemeinen Arbeiter-Union nichts mehr zu schaffen haben. Leopold Förster, 1. Vorsitzender. Peter Loogtinger, Kassierer.

Zu selbe, die Verantwortung für das zu tragen, was sich unter ihrer Führung entwickelt hat, kniefen die „Führer“. Die armen Arbeiter, die auf das Betreiben der Union in den Streit getreten sind, mögen sehen, wie sie mit dem Unternehmertum fertig werden. Dieser Vorfall, dem man eine ganze Reihe anderer ergötzlicher Geschichten aus der Arbeiter-Union angliedern könnte, zeigt wieder einmal deutlich, wohin die Arbeiterklasse kommt, wenn sie einigen Waulaufreihern nachläßt, die vorher in den christlichen Gewerkschaften ebenso gute Streikbrecher waren, wie sie jetzt in der Arbeiter-Union Saboteure des Sozialismus sind.

Reich und Ausland.

Dieser Handworf. In der Wohnung des Edelsteinhändlers Reichardt in Riga wurde Freitag eine entsetzliche Mordtat verübt, der vier Menschenleben zum Opfer fielen. Als der Sohn Lewewitsch aus der Schule kam, fand er die Tür der Wohnung verschlossen. Die Polizei öffnete die Wohnung gewaltsam und fand die Leichen des Schleifers Lewewitsch, seiner Frau, des Dienstmädchens und einer Näherin. Sämtliche Personen waren mit einem in Löschpapier gewickelten Torfschläger erschlagen worden. In den Eingang der Wohnung, in der sich auch das Kontor Lewewitschs befindet, hatten die Mörder einen Reiter mit der Aufschrift gesetzt: „Das Kontor ist bis 4 Uhr ge-

schlossen. Den Rätern fielen 20 000 deutsche Mark und 80 000 lettische Rubel in die Hände.

Drei jugendliche Mörder verhaftet. In der Nacht zum 16. Februar wurde bei Weidheim der 48 Jahre alte Autogeschäftsinhaber Bauer und sein Chauffeur Ehrlich, beide aus München, von drei Burichen, die am Abend vorher ein Automobil zu einer Fahrt nach Warmitz gemietet hatten, erschossen. Bauer hatte auch noch seinen Messerfische erhalten. Die Leichen wurden in dem Automobil Bauers vorgefunden, das herab am Strichberg stand. Durch eine Maschete, die einem der Täter im Innern des Wagens herabgefallen war, und ein bestimmtes Mätschezeichen gelang es, die Mörder zu entdecken. Ein Bauhauhaltsinhaber in Karlsruhe erinnerte sich an das Mätschezeichen. Die im Zusammenhang damit eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen 18 Jahre alten Schüler und um zwei junge Kaufleute im Alter von 17 und 18 Jahren aus Mannheim handelte. Alle drei konnten verhaftet werden.

Stillschleichenverbrechen eines Pfarrers. Die Strafkammer Regensburg verurteilte den 62 Jahre alten katholischen Pfarrer Anton Stoffel wegen fortgesetzter Stillschleichenverbrechen, begangen an der männlichen Jugend seines Kirchenspiels im Alter von 10 bis 15 Jahren zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus.

Bergmannstob. Auf dem Simonsklocher der Grube de Wendel bei Forbach in Lothringen fand eine Schlawetterexplosion statt. 11 Getötete sind geborgen, über 150 Mann sind noch in der Grube eingeschlossen. Ein großer Teil der Belegschaft stammt aus dem Kreise Saarlouis. — In Gelsenkirchen wurden auf der Zeche „Rhein-Eibe“ drei Bergleute durch Herabfallen von Gesteinsmassen verhängt. Zwei wurden getötet und einer erlitt schwere Verletzungen.

Wort in Mählanen in Thüringen. Der Sprachlehrer Barth und seine Ehefrau wurden hier in ihrer Wohnung durch Beilichbe ermordet aufgefunden. Der Täter, der russisch-deutsche Kiltätling Hochbaum, der vorübergehend bei Barth Arbeit gefunden hatte, wurde verhaftet. Er legte ein Geständnis ab, konnte aber für die Tat keine Gründe angeben.

Ein Lump. In Wien wurde der Direktor der Wiener Schlachtungs-Gesellschaft Hofmeier wegen Betrugs und Preisverbrei verhaftet. Hofmeier gab Fleisch, welches Wien für die Spitäler zugewiesen wurde, zum größten Teil für sich selbst weiterverkauft. Das Fleisch, das er mit 40 Kronen erhielt, verkaufte er mit 240 Kronen, wobei er wachsendlich einen beträchtlichen Gewinn von 4 Millionen Kronen machte. Von September 1920 bis zum Februar d. J. hat Hofmeier 82 Waggons Fleisch aus Tschechien bezogen und dabei an jedem einzelnen Wagon 80 000 bis 120 000 Kronen verdient. Die Betrügerischen Hofmeiers belaufen sich auf viele Millionen Kronen.

270 Millionen beschoben. Die gegen die Werturbank in Budapest eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß der beschuldigte Direktor Marcel Bid für 270 Millionen Werte aus Ungarn hinausgeschmuggelt hat.

Ein Falschspielerverzecht in Warschau. Spiellubs aller Art werden hier dauernd ausgeübt, ohne daß es bisher gelungen ist, dem Tummel der alle Kreise und beide Geschlechter ergriffen hat, wesentlich zu steuern. Das Falschspielen ist an der Tagesordnung. Bei einer Gerichtsverhandlung wurde dieser Tage ein Falschspieler aus der „guten“ Gesellschaft verhaftet, der ein Zimmer im teuersten Hotel Warschaws bewohnte. Dorthin hatte er einen zweiundzwanzigjährigen Gutsbesitzer Sohn gelockt, der tags zuvor durch einen für seine Mutter bewirkten Oportheten verlor 1 1/2 Millionen Mark in bar erhoben hatte. Die gesamte Summe wurde dem jungen Manne in einer Nacht abgenommen. An dem räuberischen Spiel hatten als Bekannte des Falschspielers teilgenommen: drei polnische Offiziere, ein bekannter Graf W. und ein Brister! Die Verhandlung ergab, daß in der gleichen Gesellschaft kürzlich der Fürst S. 2 3/4 Millionen Mark verloren hat.

Die zwölf Wetterwinkler. Professor Dr. Seiffel, Lehrer des internationalen Rechts an der Universität in Dijon, hat einen Plan aufgestellt, aus dem hervorgeht, daß die Kriegsgesfahr für Europa im Jahre 1921 bedeutend größer ist, als im Jahre 1914. Der französische Gelehrte stellte fest, daß es augenblicklich in Europa zwölf „Wetterwinkler“ gibt, in denen aus irgendwelchen Gründen jederzeit die Kriegsgesfahr heraufbeschworen werden kann. Diese zwölf Punkte sind 1. Konstantinopel. Die Aufstellung der asiatischen Türkei bringt große Gefahren mit sich und ist geeignet, selbst die Mittelmeer unter sich zu entzweien. 2. Das Saragebiet. Es trägt durch seine Sonderstellung den Keim zu künftigen Konflikten in sich. 3. Das Ruhrgebiet. Wo jeden Augenblick der Feuersturm des Krieges zum Himmel lodern kann. 4. Das Pilsawerk der Wiederherstellung Polens, der Donziger Korridor und die Abtrennung Ostpreukens sind ebenso viele Wespennester. 5. S. Schlesien ist ein brennendes Problem und die Teschener Frage bringt Gegensätze zwischen Polen und Tschechoslowaken. 6. Südbulawien scheint unzulässig zu sein, seine Einheit aufrechtzuerhalten. 7. Das reaktionäre Ungarn scheint nur die Zeit abzuwarten, um über seine Nachbarn herzufallen. 8. Oesterreich kann nicht allein leben. 9. Bulgarien ist launisch und verdrisslich, brüht Rache. 10. Rumänien wird von seinen Nachbarn auf der besarabischen Fronte sowohl wie von Transilwanen her bedroht. 11. Großgriechenland, ausgerichtet durch den Vertrag von Sevres, scheint keinem Fall entgegenzuweisen. 12. Und über alledem droht der Schatten des Bolschewismus wie eine düstere Gewitterwolke. — Das wären Hoffnungsblide für die Militärischen aller Länder.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 6. März.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		5. März.	4. März.
Holland	100 fl.	217 1/2	212 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	107 1/2	108 1/2
Stockholm	100 Kr.	1890	1892 1/2
Kristiania	100 Kr.	102 1/2	104 1/2
Helsingfors	100 Finn. Mk.	177 1/2	180
Schweiz	100 Frs.	104 1/2	104 1/2
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	18 1/2	14 1/2
Budapest	100 K.	15	15
Prag	100 K.	79 1/2	79 1/2
Spanien	100 Pesetas	—	860
London	1 £	242 1/2	241 1/2
Paris	100 Frs.	449	448
Belgien	100 Frs.	468	467
Italien	100 Lira	285	280
Bukarest	100 Lei	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		62 3/4	62
do. briell. Ausz. od. Scheck		62 1/4	61 1/8

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrtzeit	Lage	Stk.
Angekommen am 6. März 1921.							
D.	Pauline	Daubus	Stahl	Stettin	1		
D.	Majuren	von Bein	Stettin	1			
D.	Ebel	Olson	Fredrikshavn	3			
D.	Riffau	Rarison	Kopenhagen	17			
Angekommen am 7. März 1921.							
D.	Arantia	Stemann	Stockholm	5 1/2			

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Ostpreußen.
 Königsberg, etwa alle 10 bis 14 Tage. Nächste Expedition: Dampfer „Wilhelm Lüdcke“ am 12. März. Vertreter: Franz Helmrich, Untertrave 84.

II. Nach Dänemark und West-Schweden.
 Kopenhagen, Malmö, Sandströma, Selsingborg, Galmstadt, Warberg und Gothenburg, etwa drei- bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Galland-Linie „Swanen“, „Westkusten“, „Maladen“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Färnan“, „Hästen“, „Kallen“ und „Ludwig Knallberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Swanen“ am 8. März. Dampfer „Missa“ am 11. März. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmakler: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/18.

III. Nach Süd-Schweden.
 Stockholm eventl. auch Kalmar, etc. bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Reber-Altiebolaget „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Gefion“ nach Kalmar, am 8. März. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17.

IV. Nach Süd- und West-Norwegen.
 Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Sönderfeld-Norke Dampfskeffelskap“ sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Condor“ am 8. März. Vertreter: Rob. W. Stomann jr., Untertrave 88.

V. Nach Finnland.
 Helsingfors wegen Eis geschlossen. Sankt Petersburg, etwa alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Finstä Angfartags-Altiebolaget“ in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Baltic“ am 10. März. Wasa, Räntyluoto, Raumo, Jacobstad sowie Wibora-Kotka wegen Eis geschlossen. Vertreter: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/18.

für den Frachtverkehr: Deutsch-Finländische Dampferexpedition G. m. b. H., Untertrave 48.
 Danab. Linie Viktor Et. Etwa zweimal monatlich, außer dem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stockholm“ 11. März.
 Abo. Ein- bis zweimal monatlich. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Nächste Expedition: Dampfer „Astoria“ voraussichtlich Ende nächster Woche. C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/18.
 Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der „Angfartags-Altiebolaget, Transita“ in Abo. Nächste Expedition: Dampfer „Finnland“ am 9. März. Personen- und Frachtverkehr: Pie & Fehling, Schiffahrtskontor, Beckstrasse 89.
 Abo und Danab. Alle 14 Tage ein Dampfer der Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Aranda“ am 12. März. Vertreter: Korpas & Tuomaala, Engelsgrube 50.
VI. Nach Lettland und Estland.
 Riga und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Eibe“ etwa gegen Ende des Monats. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfähre 21.
Gildampferverbindung von Lübeck nach Magdeburg
 mit Umladung nach Berlin, Dresden, Halle a. S., Breslau und Zwischenstationen. Regelmäßige wöchentliche Expedition ab Lübeck jeden Freitag. Güternahme durch die Magdeburger Lübecker Schiffahrts-Gesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. P. Vertling, Gr. Altesfähre 28.
Nach Lauenburg a. S. und Hamburg.
 Güternahme wöchentlich ein- bis zweimal. Güternahme durch Lüders & Stange, Abteilung Flußschiffahrt Kanalstr. 11/19.

Höchstpreise für Gefrierfleisch.

Vom Montag, dem 7. März 1921 ab gelten für das vom Landesversorgungsamt ausgegebene Gefrierfleisch (Rindfleisch) folgende Preise:

Suppenfleisch	Mk. 11.— f. d. Pfd.
Bratenfleisch mit eingewachsenen Knochen	12.— f. d. Pfd.
Schieres Fleisch	15.— f. d. Pfd.

Die vorstehenden Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisesgesetzes. Überschreitung der Höchstpreise wird auf Grund der Verordnung gegen Preisstreiberi vom 8. Mai 1918 bestraft.
 Lübeck, den 5. März 1921. (14604)
Das Landesversorgungsamt.

Wir versorgen weiter Lübeck mit guter billiger Seife



Ia. Kernseife
 Riegel ca. 1/2 Pf schwer
Mk. 375

Ia. Bohnertwachs Dose 4²⁵
Holstenhaus
 LÜBECK

Öffentliche Verdingung.

Die Ausführung von Erd- und Maurerarbeiten für den Neubau von Kleinwohnungen an der Sauerhoffstraße zu Lübeck soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden. Angebote sind bis zum Montag, dem 14. März 1921, mittags 12 Uhr im Bauamt, Mühlenbamm 10, statthabenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlage an das Bauamt einzureichen. Lieferungsverzeichnisse u. Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden. Zuschlagsfrist 2 Wochen.
 Lübeck, den 5. März 1921.
Das Bauamt.
 Abteilung Hochbau.

Arbeiter-Kalender

für das Jahr 1921.
 Mk. 8.50.
Buchh. Fr. Meyer & Co.

Ein Arbeitsjunge

gesucht für den ganzen Tag.
Ernst Storm, haubetrieb.
 Arminstr. 49. (14681)

Zu verl. 1 B. f. u. D. Stiefel, Gr. 37, Handarb. 14005) Krönst. Allee 111.

Eine fast neue Pettenuhr z. verl. Matzgerentier 22/14600

Gr. Bohnen, z. 2.50, z. verl. 14599 Gr. Steinrade 21.

Gutes Fahrrad zu verl. 14620) Weizerstr. 31a I.

Schalott, Erdj. u. u. gr. Bohn. Erdj. z. Pfl. zu vl. (14612) Brodesstr. 18.

1 Bücherregal, 90x60 cm, zu vl. (14616) Karpfenstr. 24.

Feiseneinrichtung gesucht, auch einzeln. Ang. u. G. T an die Exp. d. Bl. (14907)

Der Betriebsobmann im Kleinbetriebe.

Von Rudolf Weck.
 Profs Mk. 2.50.
Friedr. Meyer & Co.,

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbreit

2.50 Mk.
Kunst der freien Rede von Fritz Müller
 2.00 Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstr. 46.

Das Betriebsrätegesetz v. Paul Umbreit

2.50 Mk.
Kunst der freien Rede von Fritz Müller
 2.00 Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstr. 46.

Charleville.

Ganzle Punkte aus dem Etappenleben.
 Von Dr. Wilhelm Appens, Berlin.
 Mk. 1.80.
Friedr. Meyer & Co.

Charleville.

Ganzle Punkte aus dem Etappenleben.
 Von Dr. Wilhelm Appens, Berlin.
 Mk. 1.80.
Friedr. Meyer & Co.

Der deutsche Schutzbund.

Dr. Müller, Güterdamm 22.

Der deutsche Schutzbund.

Dr. Müller, Güterdamm 22.

ein Kolonial- und Fettwaren-Geschäft sowie Tischlerei.

Albert Kiel

ein Kolonial- und Fettwaren-Geschäft sowie Tischlerei.

Albert Kiel

Hühnerzucht

Legen Sie sich einen Brutapparat zu! (14610)
 Beste Auswertung und Rentabilität sichern Ihnen mein in allen Teilen erstklassiger elektrischer Brutapparat. Fordern Sie sofort kostenlos Preisliste.
Maschinenfabrik Schuh, Niederbreisig a. Rh.

Karl Labartz, Böttcherstr. 16. (14613)

Fett Schweinefleisch	14.—
Jung. Kalbfleisch p. z	7.50
Wa. Corned beef	10.—
ausgebr. Zatz	11.—
Frisch. Hammelfleisch	10.—
ger. fett. u. mag.	12.50
Speck d. Abn. n. 3 z	11.—
Wa. gef. fett. u. mag.	11.—
Speck	11.—
Frisches Gebäcktes	10.—

Hausstandstumpfen, Papier, Knochen usw.

Cohn,
 Fiedensung, Allee 53, Keller

Orchester des Vereins der Musikfreunde

Mittwoch, dem 9. März, 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus:
Groß. vollstümliches Konzert
 mit den Solisten
 Herren Julius Gerber, Klarinette,
 Johannes Lorenz, Flöte,
 Emil Corbach, Cello.
 Vorverkauf bei Basson, Beckergrube 49, und Gewerkschaftshaus. Eintritt 3.— Mk.
 Zu diesem Konzert sollte jeder kommen, der irgend Zeit hat! Es ist das abwechslungsreichste u. schönste des ganzen Winters. (14618)

ZENTRALHALLEN.

Morgen Dienstag: (14617)
Großes Tanzkränzchen.

Achtung!

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.
 Am Donnerstag, dem 17. März 1921
 abends 7 Uhr
 findet unsere außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
 statt, in der die
Wahl der Delegierten zum Verbandstag
 vorgenommen wird.
 Als Kandidaten sind aufgestellt:
 F. Burkhardt, Lübeck,
 Joh. Wegner, Kiel.
 Jeder Kollege und jede Kollegin ist verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen und seine Stimme abzugeben. Mitgliedsbücher sind zwecks Abstempelung der Wahl mitzubringen.
 (14611) Die Ortsverwaltung.

Emser Wasser

gegen
Katarrhe
 u. s. w.
 Schutzmarke

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle Lübeck
 Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 8. März,
 abends 7 1/2 Uhr
 im Lokale von A. Saborowski

Tagesordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Innere Verbandsangelegenheiten.
 3. Berichtsbeneh. (14611)

NB.: Am Mittwoch, dem 9. März, nachm. 6 Uhr findet eine
Versammlung
 sämtlicher in den Rauhreiterbetrieben beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen in demselben Lokale statt mit der Tagesordnung:
 Unsere Lohnbewegung.
 Vollzähliges Erscheinen ist in beiden Versammlungen erwünscht.
 Die Orts- und Distriktsverwaltung.

Ref.-Inf.-Regt. 214

Ehemalige Angehörige des Regts., erhebt alle zum 14000) Bierabends
 Freitag, den 11. März,
 8 Uhr in Anor's Restaurant Klingenberg 8. S. Ecken

Gledermann

8.30 Uhr
 Original
Allhoff Quartett.

Hansa-Theater

Heute 7 1/2 (14619)
 Zum 24. Male
Fräulein Puck.
 Dienstag u. Mittwoch:
 (Abonn. Serie II)
Hollandweibchen.

Stadttheater Lübeck.
 Montag. Volkst. Konzert 7.30. (14608)
 Dienstag. Bäst. D. u. 14. Vorstell. i. Schausp.-Abonn. Journalisten. 7.30.
 Mittwoch. Bäst. A. u. 15. Vorstell. i. Schausp.-Abonn. Pygmalion. 7.30.

Kleine Anzeigen

im „Lübecker Volksboten“
 bei denen Käufer und Verkäufer innerhalb der werktätigen Bevölkerung zu suchen sind, werden vormittags bis 10-Uhr in unserer Geschäftsstelle Johannisstraße 46 entgegengenommen und haben bestimmt großen Erfolg!